

**LMU**

LUDWIG-  
MAXIMILIANS-  
UNIVERSITÄT  
MÜNCHEN

GESCHWISTER-SCHOLL-INSTITUT  
FÜR POLITIKWISSENSCHAFT



## Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom  
Geschwister-Scholl-Institut  
für Politikwissenschaft

---

**2013**

Florian Wittmann

**Regierungsbildung  
in Ostmitteleuropa –  
Überprüfung  
der Erklärungskraft  
der Theorie  
des *regime divide***

---

Bachelorarbeit bei  
Prof. Dr. Petra Stykow  
SoSe 2012

# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis .....	I
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis .....	II
1 Einleitung .....	- 1 -
2 Theoretischer Rahmen und Untersuchungsaufbau .....	- 2 -
2.1 Ein kontextorientierter Erklärungsansatz: Die Theorie des <i>regime divide</i> .....	- 2 -
2.2 Empirischer Befund für den Zeitraum 1990-2000 .....	- 6 -
2.3 Untersuchungsaufbau und -methodik .....	- 9 -
2.4 Länderauswahl und Untersuchungszeitraum .....	- 14 -
3 Untersuchung zur Relevanz des <i>regime divide</i> 2000-2011 .....	- 16 -
3.1 Prognosekraft der Theorie des <i>regime divide</i> 2000-2011 .....	- 16 -
3.2 Koalitionsbildungsprozesse in den Untersuchungsländern .....	- 17 -
3.2.1 Tschechische Republik .....	- 17 -
3.2.2 Polen .....	- 22 -
3.2.3 Slowakei .....	- 28 -
3.2.4 Ungarn .....	- 33 -
4 Diskussion und Fazit .....	- 37 -
Literaturverzeichnis .....	- 41 -
Anhang 1: Übersicht über Regierungskoalitionen .....	- 48 -
Anhang 2: Wahlergebnisse und Stimmenverluste .....	- 50 -
Anhang 3: Prozentualer Mandatsanteil der einzelnen Parteien .....	- 52 -
Anhang 4: Parteiabkürzungen, Name, Herkunft und politische Ausrichtung .....	- 53 -

## Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Mögliche Ausprägungen bei Koalitionsregierungen.....	- 12 -
Abbildung 2: Einfluss des regime divide auf die Koalitionsbildung in den Visegrád-Staaten 2000-2011 .....	- 38 -
Tabelle 1: Prognosekraft ausgewählter Koalitionstheorien für die Visegrád-Staaten im Vergleich. .....	- 6 -
Tabelle 2: Stimmenverluste bei Koalitionen über den <i>regime divide</i> hinweg.....	- 8 -
Tabelle 3: Prognosekraft des <i>regime divide</i> 1990-2000 und 2000-2011 im Vergleich.....	- 17 -
Tabelle 4: Regierungskoalitionen entlang des regime divide in der Tschechischen Republik 2002-2012 .....	- 18 -
Tabelle 5: Verortung der tschechischen Parteien auf der Links-Rechts-Achse und mögliche Koalitionen 2002.....	- 19 -
Tabelle 6: Verortung der tschechischen Parteien auf der Links-Rechts-Achse und mögliche Koalitionen 2006.....	- 20 -
Tabelle 7: Verortung der tschechischen Parteien auf der Links-Rechts-Achse und mögliche Koalitionen 2010.....	- 21 -
Tabelle 8: Regierungskoalitionen entlang des <i>regime divide</i> in Polen 2000-2011 .....	- 22 -
Tabelle 9: Regierungskoalitionen über den <i>regime divide</i> hinweg in Polen 2000-2011 .....	- 22 -
Tabelle 10: Anteil an Regierungskoalition und Verteilung der Ministerposten für die PO-PSL Koalitionen 2007 und 2011 .....	- 27 -
Tabelle 11: Regierungskoalitionen entlang des <i>regime divide</i> in der Slowakei 2002-2011 ...	- 28 -
Tabelle 12: Regierungskoalitionen über den <i>regime divide</i> hinweg in der Slowakei 2002-2011	- 28 -
Tabelle 13: Anteil an Regierungskoalition und Verteilung der Ministerposten für die SMER-SD/SNS/LS'HZDS-Koalition 2006 .....	- 31 -
Tabelle 14: Regierungskoalitionen entlang des <i>regime divide</i> in Ungarn 2002-2011... ..	- 33 -
Tabelle 15: Regierungskoalitionen über den <i>regime divide</i> hinweg in Ungarn 2002-2011.....	- 33 -
Tabelle 16: Anteil an Regierungskoalition und Verteilung der Ministerposten für die MSZP- SZDSZ-Koalitionen 2002 und 2006: .....	- 36 -
Tabelle 17: Reale Erklärungskraft des <i>regime divide</i> 2000-2011 .....	- 38 -

# 1 Einleitung

In seinem 1998 publizierten Buch „The Politics of Central Europe“ untersucht der ungarische Politikwissenschaftler Attila Ágh den Parteienwettbewerb in den ostmitteleuropäischen Staaten nach dem Systemwechsel 1989/90. Prägend für die ersten Jahre der jungen Demokratien war die Konkurrenz zwischen Oppositions- und ehemaligen Regimeparteien. Für den späteren Verlauf der 1990er Jahre kommt Ágh jedoch zu dem Schluss, dass diese Unterscheidung zunehmend an Bedeutung verloren hat und durch andere Konfliktlinien ersetzt wurde (Ágh 1998: 117, vgl. auch Evans/Whitefield 1998: 1036f). Demnach scheint die Herkunft der Parteien nur für kurze Zeit Einfluss auf den Parteienwettbewerb besessen zu haben, welcher eng mit der Bildung von Koalitionsregierungen verbunden ist (Kropp et al. 2002: 26f).

Diese Feststellung widerlegt Grzymala-Busse (2001) im Zusammenhang mit ihren Untersuchungen zu den Koalitionsbildungsprozessen in den vier Visegrád-Staaten Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei. Dabei kommt sie zu dem Ergebnis, dass über den gesamten Zeitraum der 1990er Jahre hinweg, die Herkunft der Parteien aus dem ehemaligen Regime- oder Oppositionslager eine entscheidende Rolle bei der Bildung von Koalitionsregierungen spielte. Regierungskoalitionen in diesen Ländern bildeten sich (mit wenigen Ausnahmen) entlang der Grenze des ehemaligen Regime- und Oppositionslagers, auch wenn dies ideologisch heterogene und instabile Bündnisse zur Folge hatte. Als Ursache hierfür wird der sogenannte *regime divide* ausgemacht, der sich aus dem Konflikt zwischen den ehemaligen kommunistischen Machthabern und der Opposition vor dem Systemwechsel 1989/90 ergibt.

Während vermutet wird, dass die Wirkungskraft des *regime divide* im Zeitverlauf abgenommen hat (Kropp 2008: 526), scheinen die Entwicklungen in eine andere Richtung zu weisen. So gelten Koalitionsregierungen in Ostmitteleuropa weiterhin als wenig gefestigt (Müller-Rommel/Grotz 2011: 312; siehe auch Grotz/Weber 2011) und auch die erneute Thematisierung der kommunistischen Vergangenheit insbesondere in den Wahlkämpfen in Polen und Ungarn (Bos/Segert 2008: 328; Whitefield/Rohrschneider 2009: 675) wirft die Frage auf, inwieweit der Befund Grzymala-Busses weiterhin aktuell ist. Jedoch liegt bisher keine Untersuchung vor, die dies für das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends überprüft.

Ziel dieser Arbeit ist es diese Forschungslücke zu schließen. **Im Folgenden wird daher untersucht, ob der *regime divide* auch heute noch - 20 Jahre nach dem Systemwechsel und nach durchschnittlich fünf Parlamentswahlen – Einfluss auf die Bildung von Regierungskoalitionen in Ostmittel- und Osteuropa besitzt.** Neben den gewonnenen Er-

kenntnissen für die Koalitionsforschung mit dem Schwerpunkt auf Ostmittel- und Osteuropa kann diese Arbeit des Weiteren einen Beitrag leisten, herauszufinden, inwieweit die kommunistische Vergangenheit noch heute Auswirkungen auf das Handeln im politischen System dieser Länder besitzt. Diese Frage gewinnt vor dem Hintergrund an Bedeutung, dass die Bildung von arbeitsfähigen und stabilen Koalitionen essentiell für das Funktionieren von repräsentativen Demokratien ist (Strøm/Nyblade 2009: 782). Aus dieser Perspektive könnte ein Fortbestand des *regime divide*, der zu ideologisch heterogenen und instabilen Regierungsbündnissen führt, negative Auswirkungen auf die Stabilität des politischen Systems als Ganzes haben.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wird einleitend auf Probleme der Koalitionsforschung mit Fokus auf Ostmittel-/Osteuropa hingewiesen. Vor diesem Hintergrund werden die wichtigsten Grundannahmen der Theorie von Grzymala-Busse rekonstruiert (Kapitel 2.1) und anhand empirischer Beispiele verdeutlicht (Kapitel 2.2). Darauf aufbauend wird in Kapitel 2.3 der Untersuchungsaufbau erläutert und mit der Festlegung relevanter Begriffe der Rahmen für diese Arbeit abgesteckt. In einem abschließenden Schritt erfolgt in Kapitel 2.4 die theoriegeleitete Auswahl der zu untersuchenden Länder sowie die Festlegung des Untersuchungszeitraums. Nach diesen Vorarbeiten wird in Kapitel 3 überprüft, welche Bedeutung dem *regime divide* in den ausgewählten Ländern während des Untersuchungszeitraums bei der Koalitionsbildung zukommt. Die gewonnenen Erkenntnisse werden anschließend in Kapitel 4 diskutiert, bewertet und zusammengefasst, um so in einem Fazit die Forschungsfrage abschließend beantworten zu können.

## 2 Theoretischer Rahmen und Untersuchungsaufbau

### 2.1 Ein kontextorientierter Erklärungsansatz: Die Theorie des *regime divide*

Die ehemals kommunistischen Länder stellen die Koalitionsforschung vor mehrere Herausforderungen. Darauf weist auch die begrenzte Prognosekraft der „traditionellen“, ursprünglich für Westeuropa entwickelten, Theorien der Koalitionsbildung hin, die nur unbefriedigende Ergebnisse liefern (Grzymala-Busse 2001: 89ff; Grotz/Weber 2011: 201f). Aus diesem Grund wird weiterhin ein Forschungsdefizit in Bezug auf die Bildung von Regierungskoalitionen in den Ländern Ostmittel-/ und Osteuropas gesehen (Kropp 2008: 516; Bergman/Ersson 2009: 4; Müller 2009: 240). Ein Problem dabei stellt die spezifische Struktur des Parteienwettbewerbs in Ostmittel- und Osteuropa dar, die sich u.a. in einer fortdauernden, relativen Unbeständigkeit der Parteiensysteme (Tiemann 2008: 38; Vachudova 2008: 389) sowie einer starken Personalisierung der Parteien manifestiert (Tóka

1998: 592ff; Bos 2010: 591ff). Aus diesem Grund kann die Bildung von Regierungsbündnissen nur selten alleine auf der Basis von programmatischen Aspekten erklärt werden (Kropp et al. 2002: 27).

Für die Parteiensysteme Westeuropas wird von der strukturierenden Wirkung von tief verwurzelten, gesellschaftlichen Konfliktlinien (*cleavages*) ausgegangen, entlang derer sich die Parteien anordnen. In ihrer Untersuchung identifizierten Lipset/Rokkan (1967) vier grundlegende Konfliktlinien, die mit den Gegensätzen Zentrum-Peripherie, Stadt-Land, Staat-Kirche sowie Arbeit-Kapital beschrieben werden können. Die Übertragbarkeit dieses Konzepts auf die Staaten Ostmittel- und Osteuropas ist allerdings umstritten, da der 45-jährigen kommunistischen Ein-Parteiherrschaft nivellierende Effekte zugeschrieben werden (Römmele 1999: 11f; Elster et al. 1998: 247ff). Abhängig von der zugrunde gelegten Definition (Tiemann 2008: 39) wird die Übertragbarkeit des Cleavages-Ansatzes auf die Länder Ostmittel- und Osteuropas befürwortet (Whitefield 2002; McAllister/White 2007; Whitefield/Rohrschneider 2009) oder eher angezweifelt (Elster et al. 1998: 247ff; Tiemann 2008). Einen alternativen Ansatz dazu bieten Kitschelt et al., die bei der kommunistischen Vergangenheit der jeweiligen Länder ansetzen und die Bedeutung der Hinterlassenschaften (*legacies*) dieses Zeitabschnitts betonen. Dabei gehen sie von der strukturierenden Wirkung auf die Art und die Inhalte des Parteienwettbewerbs in Abhängigkeit des jeweiligen Typs des kommunistischen Systems<sup>1</sup> aus (Kitschelt et al. 1999; Kitschelt 2001).

Als weiteren Unterschied zu den Ländern Westeuropas nennen Kitschelt et al. (1999: 64f) denn sogenannten *political regime divide*. Dieser manifestierte sich im Parteiensystem in der Existenz postkommunistischer Nachfolgeparteien, welche schon kurz nach dem Systemwechsel Wahlerfolge im demokratischen Parteienwettbewerb erzielen konnten (Grzymala-Busse 2002; Tworzecki 2003; Lang 2009). Aufgrund des vorherrschenden Verhältniswahlrechts ist es allerdings selten der Fall, dass eine Partei alleine die Regierung stellen kann. In der Mehrzahl der Fälle ist folglich die Bildung von Koalitionsregierungen erforderlich. Die Verhandlungsposition einer Partei in Koalitionsgesprächen hängt dabei vom eigenen Wahlergebnis sowie der Stellung gegenüber den anderen Parteien ab (Müller/Strøm 2000: 7). Grzymala-Busse verwendet hier den Begriff der "parlamentarischen Akzeptanz", den sie wie folgt versteht: "the extent to which a given party is able to establish cooperation with other parties and is considered for potential government posts and coalitions" (2002: 227). Angesichts der Tatsache, dass die Zusammenarbeit mit Parteien,

---

<sup>1</sup> Dabei wird zwischen einem bürokratisch-autoritären Sozialismus, einem patrimonialen Sozialismus und einem national-akkomodativen Sozialismus unterschieden.

die eng mit einem vormals undemokratischen System verbunden sind, oft tabuisiert wird (Strøm /Budge/Laver 1994: 317), ist im Fall der postkommunistischen Nachfolgeparteien von einer geringeren Koalitionsfähigkeit auszugehen.<sup>2</sup>

Aufgrund der hier aufgezeigten Probleme, ist die wiederholt vorgetragene Forderung nach einer stärkeren Kontextorientierung der Koalitionsforschung für die postkommunistischen Länder Ostmittel- und Osteuropas nachvollziehbar (Pridham 2002: 75; Grotz 2007: 122; Kropp 2008: 545). Der Fokus der bisherigen Arbeiten lag jedoch vor allem auf vergleichenden Fragestellungen nach Koalitionstyp und Koalitionsstabilität (Blondel/Müller-Rommel 2001; Nikolenyi 2004a; Druckman/Roberts 2005; Müller-Rommel 2005; Grotz 2007; Somer-Topcu/Williams 2008, Grotz/Weber 2011), während der Aspekt „Wer koalitiert mit wem?“ nur wenig Berücksichtigung fand. Ausnahmen stellen dabei die Arbeit von Grzymala-Busse (2001) sowie die darauf aufbauende Veröffentlichung von Druckman/Roberts (2007) dar.

In ihrem 2001 erschienenen Aufsatz entwickelt Grzymala-Busse (2001) eine sparsame Theorie, die die Koalitionsbildungsprozesse in Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und der Slowakei mit Hilfe des sogenannten *regime divide* erklärt. Ziel dieser Theorie ist es, auch jene ideologisch heterogenen und instabilen Koalitionen zu erklären, an denen die traditionellen Erklärungsansätze scheitern.<sup>3</sup>

Ausgangspunkt der Theorie ist die spezifische Situation beim Systemwechsel 1989/90, die mit der Entstehung neuer Parteien verbunden ist. Im Gegensatz zu den noch nicht gefestigten Parteireputationen und den häufig unscharfen Programmatiken der neugegründeten Parteien, stellte die Partei-Herkunft aus dem ehemaligen Regierungs- oder Oppositionslager ein eindeutiges und unveränderbares Identifizierungsmerkmal für potentielle Koalitionspartner und Wähler dar. Wie stark die Koalitionsfähigkeit einer Partei durch deren Herkunft beeinflusst wurde, hängt dabei vom sogenannten *regime divide* ab, der an die Konzeption von Kitschelt et al. (1999) anknüpft. Im Gegensatz zu dem weiteren Verständnis von Kitschelt et al. (1999)<sup>4</sup>, definiert Grzymala-Busse den *regime divide* als das Ausmaß

---

<sup>2</sup> Obwohl die postkommunistischen Nachfolgeparteien zu dem am besten erforschten Parteityp gehören, fand dieses Thema nur mäßige Beachtung. Der Fokus in Bezug auf postkommunistische Nachfolgeparteien lag vielmehr auf deren Anpassung(sversuchen) an den demokratischen Parteienwettbewerb sowie der Erklärung von Wahlerfolgen (Druckman/Roberts 2007: 6f). Siehe dort für eine Übersicht über relevante Literatur.

<sup>3</sup> Der folgende Abschnitt bezieht sich dabei auf Grzymala-Busse (2001), insbesondere S. 87-93.

<sup>4</sup> Nach Kitschelt et al. wird der *regime divide* wie folgt definiert: “Support and opposition to the old communist regime derives from citizens’ location in the socio-political networks of party and mass organizations and from their economic status within the old system, but also from the experience of repression and injustice under communism” (Kitschelt et al. 1999: 64).

des Konflikts zwischen kommunistischen Machthabern und Systemopposition vor dem Systemwechsel:

„The regime divide consist of the depth and character of the conflict between the Communist rulers and their opposition prior to the democratic transitions of 1989, whether it consisted of repression or negotiation, and, if negotiation, whether it was dominated by conflict or consensus” (Grzymala-Busse 2001: 87)

Je stärker der *regime divide* ausgeprägt ist, desto wahrscheinlicher ist die parteipolitische Kooperation und Regierungsbildung innerhalb der „Lager“-Grenzen von ehemaligem Regime oder Opposition. Idealerweise werden dabei Koalitionen mit Parteien gebildet, die ähnliche Politikziele verfolgen und dem gleichen Lager zuzuordnen sind. Reicht dies nicht aus, um eine Regierungsmehrheit zu bilden, werden auch weitere Parteien mit gleicher Herkunft miteinbezogen, unabhängig von deren ideologischer Ausrichtung und den angestrebten Politikgehalten. Dies hat zur Folge, dass häufig ideologisch heterogene und damit instabile Regierungskoalitionen gebildet werden, selbst wenn eine Koalition über den *regime divide* hinweg, d.h. mit Parteien aus beiden „Lagern“, aus inhaltlichen Gesichtspunkten näher liegen würde.<sup>5</sup>

Der *regime divide* wirkt dabei insbesondere über zwei Kanäle: Einerseits besteht eine Asymmetrie bezüglich der Bereitschaft zur Kooperation, d.h., dass Parteien aus dem ehemaligen Regime-Lager stärker an der Kooperation mit anderen Parteien interessiert sind, als umgekehrt. Eng damit verbunden ist der zweite Faktor, der an das Reputationsargument anknüpft. Die erwartete Sanktionierung des Koalitionsverhaltens durch die eigenen Wähler, die in den nächsten Wahlen aufgrund ihrer Ablehnung der kommunistischen Partei in großer Zahl ihre Unterstützung verweigern (das sogenannte *electoral punishment*), sowie die drohende Ausgrenzung durch die anderen Parteien aus dem gleichen Lager bei künftigen Koalitionsverhandlungen stellen dabei einen starken Anreiz für die Parteien dar, ihre Koalitionen entlang der Trennlinie des *regime divide* zu bilden. Dies gilt selbst dann, wenn andere Koalitionen aus inhaltlichen Gesichtspunkten näherliegen würden.

Dementsprechend beeinflusst der *regime divide* solange die Koalitionsbildungsprozesse, wie die Parteien mit einer Abstrafung für Koalitionen über den *regime divide* hinweg zu rechnen haben bzw. solange die Herkunft der Parteien noch eine Rolle spielt, da sie noch keine eigenständigen Reputationen ausbilden konnten (Grzymala-Busse 2001: 100).

---

<sup>5</sup> Vgl. hierzu die Feststellung von Laver/Shepsle (1996: 19), die betonen, dass auf kurze Sicht nachteilige Entscheidungen getroffen werden können - hier der Verzicht auf die Beteiligung an Regierungskoalitionen - wenn diese dem Langzeitziel dienen, sich eigene Reputationen zu erarbeiten bzw. zu erhalten.



## 2.2 Empirischer Befund für den Zeitraum 1990-2000

Für die 1990er Jahre weist die in Kapitel 2.1 vorgestellte Theorie des *regime divide*, trotz ihrer Parsimonie, mit 86% aller erklärten Regierungskoalitionen eine erstaunliche Prognosekraft auf.<sup>6</sup> Im Gegensatz dazu zeigt sich, dass die zwei grundlegenden Strömungen der Koalitionsforschung,<sup>7</sup> *office-* und *policy-seeking* orientierte Ansätze, wenig geeignet sind, die Koalitionsbildungsprozesse in Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei zu erklären. Ursache hierfür ist die Tatsache, dass vielfach übergroße bzw. ideologisch heterogene Koalitionen gebildet wurden, die den Grundannahmen dieser Theorien zuwiderlaufen.

Während die *office-seeking*-Theorien, „knappe“ Regierungsmehrheiten bzw. kleinstmögliche Koalitionen erwarten, da die Parteien vor allem bemüht sind, die Anzahl der eigenen Ministerposten zu maximieren (vgl. Gamson 1961; Riker 1962; Leierson 1968), betonen die *policy-seeking*-Theorien die Bedeutung der inhaltlichen Übereinstimmung zwischen potentiellen Koalitionspartnern (de Swan 1973; Axelrod 1976). So konnte Grzymala-Busse zeigen, dass für die untersuchten Länder die *office-seeking*-Theorie nur 24% Prognosekraft besitzt, während die *policy-seeking*-Theorien<sup>8</sup> mit bis zu 43% Prognosekraft etwas besser abschneiden (vgl. Tabelle 1). Damit liegt sie allerdings weiterhin deutlich unter den Werten für Westeuropa, wo alleine mithilfe der Rechts-Links-Dimension eine Prognosekraft von über 70% erreicht werden kann (Budge/Laver 1993: 509).

Coalition Model	Minimum winning	Spatial Proximity			Regime Divide
		Economic issues alone	Worldview issues alone	Both (Euclidean)	
Number of Coalitions Predicted Correctly	5 24%	5 24%	2 10%	9 43%	18 86%

Tabelle 1: Prognosekraft ausgewählter Koalitionstheorien für die Visegrád-Staaten im Vergleich (Darstellung nach Grzymala-Busse 2001: 91)

Eine genauere Betrachtung der einzelnen Länder zeigt, wie die Ausprägung des *regime divide* die Möglichkeit für Koalitionen zwischen den Lagern beeinflusst.<sup>9</sup> Während es der nur schwach ausgeprägte *regime divide* den ungarischen Postkommunisten bereits 1994 erlaubte, eine Koalition mit der ehemaligen Oppositionspartei SZDSZ einzugehen, erfolgte

<sup>6</sup> Angesichts der begrenzten Zahl von Parteien, die dem postkommunistischen Lager zuzurechnen sind, kann zudem eine höhere Prognoseeffizienz im Vergleich zu *office-seeking*-Theorien, die oft eine Vielzahl an verschiedenen möglichen Koalitionen prognostizieren, attestiert werden.

<sup>7</sup> Für einen ausführlichen Überblick über Koalitionstheorien siehe u.a. Müller (2004; 2009)

<sup>8</sup> Für die Prognosekraft der *policy-seeking*-Theorien überprüft Grzymala-Busse einerseits die sozioökonomische (ökonomische Umverteilung vs. freie Marktwirtschaft), andererseits die weltanschauliche (Kosmopolitismus vs. Autoritarismus) Dimension.

<sup>9</sup> Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die folgenden Absätze auf Grzymala-Busse 2001: 93-100.

die Koalitionsbildung in Polen und der Tschechischen Republik, in denen der *regime divide* präsenter war, strikt entlang der Grenzen der beiden „Lager“.

So sah sich die postkommunistische polnische SLD 1993 dazu genötigt, eine Koalition mit der ehemaligen Satellitenpartei PSL zu bilden, da ihr Wunschpartner UW, die ihre Wurzeln in der Oppositionsbewegung hatte, jede Zusammenarbeit ablehnte. Auch nach der Wahl 1997 zog es die liberale Freiheitsunion (UW) vor, trotz großer inhaltlicher Unterschiede mit dem rechtsgerichteten AWS, anstatt mit der SLD zu koalieren. Die tschechischen Sozialdemokraten (ČSSD) präferierten, trotz einer vorhandenen Mehrheit mit der aus der Kommunistischen Partei entstandenen KSČM, eine von dem ODS tolerierte Minderheitsregierung, obwohl sie dafür schmerzhaft Zugeständnisse machen musste (Hloušek/Kopeček 2010: 25).

Die Slowakei stellt insofern einen Sonderfall dar, da angesichts der zunehmend autoritären Politik der Regierung Mečiar der sowieso schon schwächer ausgeprägte *regime divide* in den Hintergrund gedrängt wurde. In der Konsequenz beteiligte sich die postkommunistische SDL' zweimal an ideologisch sehr heterogenen Bündnissen, die bis hin zu den Christdemokraten reichten.

Auch die Prognose, dass Parteien für ihre Koalitionen über den *regime divide* hinweg von den Parteien aus dem gleichen „Lager“ bzw. den Wählern abgestraft werden, kann Grzymala-Busse für den Zeitraum 1990-2000 belegen. So wurde der ungarische SZDSZ nach seiner Koalition 1994 mit den Postkommunisten von den anderen oppositionellen Parteien in den Koalitionsverhandlungen 1998 bewusst ausgegrenzt. Gleichzeitig wandten sich die Wähler mit antikommunistischer Einstellung in großem Umfang von der Partei ab (Körösenyi et al 2010: 387). Dass der Effekt des *electoral punishment* auch umgekehrt wirken kann, zeigt der Fall der Slowakei, in der die postkommunistische SDL' von ihren Wählern für die Koalitionen mit den ehemals oppositionellen Parteien abgestraft wurde. Eine Besonderheit stellt die 1993 in Polen gebildete Koalition aus Postkommunisten (SLD) und der ehemaligen Satellitenpartei PSL dar. Trotz gemeinsamer Vergangenheit wurde die PSL in den Wahlen 1997 von ihrer konservativen, ländlichen Anhängerschaft abgestraft. In ihren Augen hatte die PSL, die sich mit Hinweis auf die Unterdrückung zu kommunistischen Zeiten als Oppositionspartei präsentierte, den *regime divide* überbrückt. Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Stimmenverluste in Folge von Regierungskoalitionen über den *regime divide* hinweg.

Country	Average electoral support lost by incumbents in the next election, as % of their previous support.	Electoral support lost by parties that crossed the regime divide, as % of their previous support.
Poland	-29,8%	-53%
Hungary	-18,9%	-60%
Czech Republic	No crossing of regime divide	
Slovakia	-6%	-29%

Tabelle 2: Stimmenverluste bei Koalitionen über den regime divide hinweg (Darstellung nach Grzymala-Busse 2001: 92)

Die konzeptionelle Relevanz des *regime divide* konnte zudem in zwei weiteren Studien mit Hilfe quantitativer Methodik bestätigt werden. Druckman/Roberts (2007), die 15 ostmittel- und osteuropäische Länder im Zeitraum von 1990-2002 untersuchten, stellten einen signifikanten Einfluss des *regime divide* auf die Koalitionsbildung in diesen Ländern fest. So wurden postkommunistische Nachfolgeparteien seltener in Regierungskoalitionen einbezogen. Im Falle einer Regierungsbeteiligung wurden häufig übergroße Koalitionen gebildet. Zudem lässt sich auf Basis der Befunde von Druckman/Roberts (2007) die Frage beantworten, warum Parteien sich trotz des erwarteten massiven Stimmenverlusts auf Koalitionen über den *regime divide* hinweg einlassen. Aufgrund der Verhandlungsasymmetrie konnten Parteien, die eine Koalition mit postkommunistischen Nachfolgeparteien eingingen, einen überproportional hohen Anteil an Kabinettsposten einfordern. Diese Überkompensation kann somit dazu beitragen, die erwarteten negativen Konsequenzen abzuschwächen.

Tzelgov (2011) konnte des Weiteren zeigen, dass in elf ostmittel- und osteuropäischen Ländern im Zeitraum von 1990-2003 die Koalitionen über den *regime divide* hinweg deutlich stabiler waren, als die Koalitionen innerhalb des gleichen Lagers. Ursache hierfür sind die erwarteten Sanktionierungen durch die eigenen Wähler und die anderen Parteien, die den Anreiz senken, frühzeitig die Koalition zu beenden und vorgezogene Neuwahlen zu riskieren.

Für die 1990er Jahre scheint folglich ausreichende Evidenz vorzuliegen, die den Einfluss des *regime divide* bestätigt. Allerdings formuliert Grzymala-Busse (2001: 89) selbst die Erwartung, dass mit der Herausbildung von Parteireputationen die Bedeutung des *regime divide* im Zeitverlauf abnehmen wird. Dabei erscheint es plausibel, dass innerhalb von 20 Jahren und mindestens fünf Parlamentswahlen, eine Herausbildung von Parteireputationen

erfolgt ist, die sich aus der Interaktion von Parteien sowie deren Handeln im Parlament ergibt (Kropp/Sturm 1998: 97; Mitchell 1999: 270f; Tsebelis 1990: 74f).<sup>10</sup>

Daher ist zu erwarten, dass der Einfluss des *regime divide* auf Koalitionsbildungsprozesse im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends abgenommen hat. Zudem stellt sich die Frage, ob Unterschiede in der Entwicklung von Ländern mit ursprünglich starker bzw. schwacher Ausprägung in Bezug auf den *regime divide* festgestellt werden können. Um festzustellen, ob der *regime divide* weiterhin ein gewichtiger Erklärungsfaktor für das Zustandekommen von Regierungskoalitionen in Ostmittel- und Osteuropa ist, sollen in den nächsten beiden Abschnitten der Aufbau der Untersuchung sowie die verwendeten Definitionen erklärt werden. Im Anschluss daran werden die zu betrachtenden Länder ausgewählt und der Untersuchungszeitraum festgelegt.

### 2.3 Untersuchungsaufbau und -methodik

Im Folgenden wird ein mehrstufiger Untersuchungsaufbau vorgestellt, mit dessen Hilfe die Forschungsfrage beantwortet werden soll, inwieweit der *regime divide* weiterhin eine Rolle bei Koalitionsbildungsprozessen in Ostmittel-/Osteuropa spielt. Dazu wird als Erstes ein Messverfahren für die Prognosekraft des *regime divide* vorgestellt. Im zweiten Schritt wird der Rahmen für die Untersuchung der einzelnen Länder abgesteckt. Mit diesem Untersuchungsaufbau soll sichergestellt werden, dass sich der gemessene Effekt tatsächlich auf den *regime divide* zurückführen lässt.

Als erster Anhaltspunkt für die Relevanz des *regime divide* ist dessen Prognosekraft zu betrachten. Diese gibt Aufschluss darüber, wie viele Koalitionen der Logik des *regime divide* folgen. Die Prognosekraft des *regime divide* ergibt sich dabei aus dem Verhältnis jener Koalitionen, die innerhalb eines „Lagers“ gebildet werden und der Gesamtzahl der Regierungen im Untersuchungszeitraum. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit wird auf Definitionen zurückgegriffen, die weitgehend mit denen von Grzymala-Busse (2001) übereinstimmen. An einigen Stellen müssen jedoch Modifizierungen vorgenommen werden, um ein möglichst realitätsgetreues Bild zu erhalten, da nicht alle Entwicklungen zum Zeitpunkt des Entstehens der Arbeit von Grzymala-Busse absehbar waren.

Die Gesamtzahl der Regierungen setzt sich aus der Summe aller Minderheitsregierungen<sup>11</sup> sowie Regierungskoalitionen<sup>12</sup> zusammen. Letztere schließen reine Abstimmungscoalitio-

---

<sup>10</sup> Dieses Verständnis orientiert sich an der Zusammenstellung von Saalfeld (2000: 47), der sich auf diese Autoren stützt.

<sup>11</sup> Minderheitsregierungen werden folglich als der Verzicht auf die Bildung einer Koalitionsregierung angesehen, die rein rechnerisch möglich wäre.

<sup>12</sup> Dabei finden auch übergroße Koalitionen Berücksichtigung.

nen aus (Müller 2004: 269) und bezeichnen die „formalisierte Zusammenarbeit zwischen zwei oder mehreren Parteien auf Kabinettsebene“ (Grotz/Weber 2011: 195). Zogen zwei oder mehrere Parteien über eine gemeinsame Wahlliste ins Parlament ein und bildeten dort eigenständige Fraktionen, so werden diese Parteien als voneinander unabhängig betrachtet. Im Gegensatz zum Aufsatz von Grzymala-Busse finden Übergangsregierungen (*caretaker*) keine Berücksichtigung, da diese nicht den herkömmlichen Regeln der Koalitionsbildung unterliegen.

Als Regierungswechsel wird nach der mittlerweile standardisierten Definition (Müller-Rommel et. al. 2008: 810) jede Regierung betrachtet, die nach Wahlen, dem Wechsel des Regierungschefs oder der Änderung der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierungskoalition ins Amt kommt (Müller/Strøm 2000: 12).<sup>13</sup>

Zur Bestimmung, welche Koalitionen gemäß der Theorie des *regime divide* gebildet wurden, ist die Untersuchung der Parteigeschichte aller Koalitionsparteien nötig, um deren Herkunft zu bestimmen (Grzymala-Busse 2001: 91). Angesichts der relativen Unbeständigkeit der Parteiensysteme der ostmittel- und osteuropäischen Staaten mit einer Vielzahl an Neugründungen, Abspaltungen und Parteifusionen (Vachudova 2008: 389) sind einige Präzisierungen im Vergleich zur Arbeit von Grzymala-Busse nötig. Da insbesondere die Herkunft von Parteien aus dem ehemaligen Regime-Lager die Koalitionsfähigkeit beeinflussen kann, werden davon ausgehend im nächsten Abschnitt Kriterien zur Unterscheidung entwickelt.

Dem ehemaligen Regimelager werden vorläufig – sofern vorhanden – alle Satellitenparteien sowie alle postkommunistischen Nachfolgeparteien<sup>14</sup> und deren Abspaltungen bzw. Parteifusionen zugerechnet, in denen diese eine dominierende Rolle hatten.<sup>15</sup> Aus Abspaltung bzw. Fusion entstandene Parteien sind zwar nicht mehr als postkommunistische Nachfolgeparteien zu verstehen, lassen sich jedoch als „postkommunistisch im weiteren Sinne“ betrachten (Lang 2009: 17). Angesichts der relativen Stabilität der postkommunistischen Parteien (Vachudova 2008: 389), ist eine solche Konstellation nur selten der Fall. Dem ehemaligen Oppositionslager werden im Umkehrschluss all jene Parteien zugerechnet, die

---

<sup>13</sup> Auf diese Definition stützt sich auch Grzymala-Busse (2001), ohne dies allerdings explizit zu benennen.

<sup>14</sup> Pop-Eleches (2008: 467) identifiziert postkommunistische Nachfolgeparteien entlang dreier Dimensionen: „(1) institutional continuity, whereby political parties trace their lineage directly to that of the Communist Party; (2) leadership and personnel continuity and (3) ideological continuity“, vgl. auch: Lang 2009: 16.

<sup>15</sup> Ein Beispiel für den umgekehrten Fall bietet die ehemaligen Satellitenpartei ČSL in Tschechien, die 1992 mit der KDS zur KDU- ČSL fusionierte und sich ihres besonders belasteten Parteiflügels (Vodička 1997: 306) entledigte. Die neugebildete Partei konnte befreit vom Stigma der ČSL agieren und war mit Ausnahme von 1998-2002 an jeder tschechischen Regierung bis 2010 beteiligt (Weichsel 2010: 36), ohne dass dies als eine Überbrückung des *regime divide* wahrgenommen wurde bzw. so klassifiziert wurde (vgl. Grzymala-Busse 2001; Druckmann/Roberts 2007: 13; Tzelgov 2011: 539).

nicht diese Kriterien erfüllen. Zu dieser Gruppe gehören damit zwangsläufig all jene Parteien, die als absolute Neugründungen entstanden sind (Hug 2001: 35) und sich damit von den zuvor erwähnten Entstehungsmodi neuer Parteien durch Abspaltung (*fission*) und Zusammenschluss (*fusion*) unterscheiden (Mair 1990: 131).

Die Ermittlung der Prognosekraft des *regime divide* besitzt aber für sich genommen noch keine Aussagekraft über den tatsächlichen Einfluss des *regime divide*, da Scheinkausalitäten nicht ausgeschlossen werden können. Nur für den Fall, dass nur noch eine geringe oder gar keine Prognosekraft des *regime divide* festgestellt werden kann, ist dies bereits der hinreichende Nachweis, dass die Theorie keine Erklärungskraft mehr besitzt. Sollte sich (wie erwartet) herausstellen, dass der *regime divide* weiterhin eine gewisse Prognosekraft besitzt, ist eine eingehende Beschäftigung mit den zu untersuchenden Ländern nötig, um herauszufinden, ob sich der gemessene Effekt tatsächlich auf den *regime divide* zurückführen lässt. Um mögliche Scheinkausalitäten aufzudecken, wird in der Untersuchung auf vergleichende Fallstudien zurückgegriffen, die dazu beitragen, die landesspezifischen, institutionellen und parteipolitischen Gegebenheiten angemessen zu berücksichtigen (Peters 1998: 141) um so die Logik der Koalitionsbildungsprozesse im jeweiligen Land herauszuarbeiten.

Um die Betrachtung der Koalitionsbildungsprozesse in den jeweiligen Ländern zielgerichtet durchzuführen, ist die Entwicklung eines Analyserasters notwendig, an dem sich die späteren Fallstudien orientieren. Die zentrale Fragestellung ist, ob die jeweilige Koalitionsbildung tatsächlich durch den *regime divide* beeinflusst wurde, oder ob andere Faktoren dominant waren. Grundsätzlich ist dabei zwischen Situationen, in denen Koalitionen innerhalb eines „Lagers“ (X1) bzw. über den *regime divide* hinweg (X2) gebildet wurden zu unterscheiden. Wurde eine Koalition entlang des *regime divide* gebildet, d.h. innerhalb eines „Lagers“ (X1), ist es möglich, dass der *regime divide* dafür der dominante Erklärungsfaktor ist (Y1) oder dass die Koalitionsbildung andere Ursachen hat (Y2). Hierzu lassen sich auf Basis des *office-* bzw. *policy-seeking* Paradigmas zwei zentrale Erklärungen ausmachen: So können fehlende Mehrheiten eine Koalition über den *regime divide* hinweg schon aus rechnerischer Sicht unmöglich machen oder auch programmatische Aspekte für die Koalitionsbildung verantwortlich sein. Bei der Bildung von Koalitionen über den *regime divide* hinweg (X2) ist zu unterscheiden zwischen Situationen, in denen diese Koalition trotz der Existenz des *regime divide* gebildet wurde (Y3) und solchen, in denen der *regime divide* keine Bedeutung (mehr) hatte (Y4). Abbildung 1 veranschaulicht die beschriebenen Ausprägungen.

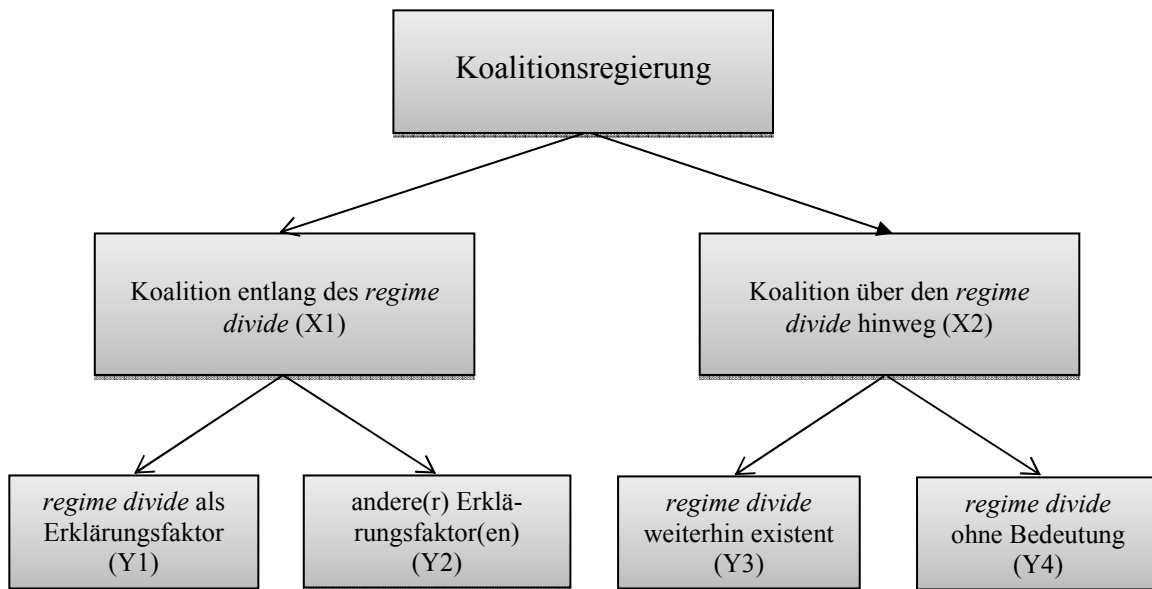


Abbildung 1: Mögliche Ausprägungen bei Koalitionsregierungen (Eigene Darstellung)

Bevor die Kriterien für die Untersuchung hergeleitet werden, ist es noch nötig, eine Präzisierung in Bezug auf die in 2.1 aufgezeigten Wirkungsmechanismen des *regime divide* vorzunehmen. So nennt Grzymala-Busse (2001: 88f) zwar die Asymmetrie bei der Kooperationsbereitschaft der Parteien sowie die erwartete Sanktionierung für Koalitionen über den *regime divide* hinweg als Wirkungskanäle, gleichzeitig wird auch den Parteireputationen eine wichtige Rolle zugeschrieben, da mit deren Herausbildung eine abnehmende Bedeutung des *regime divide* erwartet wird. Da Parteireputationen nur schwer messbar sind, wird an diesem Punkt auf die Argumentation von Druckman/Roberts (2007: 9f) zurückgegriffen. Ihrer Ansicht nach wirkt der *regime divide* einerseits über die Parteiliten, die durch die eigenen Einstellungen oder auch durch innerparteiliche Konflikte von einer Zusammenarbeit abgehalten werden (vgl. auch Strøm/Budge/Laver 1994: 318), was der Asymmetrie der Kooperationsbereitschaft entspricht. Andererseits wirken *vote-seeking*-Motivationen, die in der Bemühung die eigene Stimmenanzahl zu maximieren bzw. Verlust zu verhindern auch die Bestrebungen beinhalten, sich Reputationen aufzubauen bzw. zu erhalten, welchen in den wenig stabilen Parteienlandschaften (Vachudova 2008: 389) mit ihrer hohen Wählervolatilität (Tavits 2005: 283) eine wichtige Rolle zukommt. Darauf verweist auch die Feststellung von Strøm/Nyblade (2009: 783), die wie folgt argumentieren:

„The outcomes of [coalition decisions] are shaped not only by past bargains that affect the members' resources and the constraints under which they operate, but also by the fact that bargaining occurs in the shadow of future elections and under the constant threat posed by political rivals”

Nachdem eine grundsätzliche Klärung über die Wirkungsmechanismen des *regime divide* erfolgte, werden nun die Kriterien für die Unterscheidung der einzelnen Ausprägungen hergeleitet und vorgestellt. Bei Koalitionen, die ausschließlich von Parteien aus einem der

beiden Lager gebildet werden (X1), kann der folgende Befund Grzymala-Busses in Bezug auf den *regime divide* als Ausgangspunkt dienen. Der *regime divide* manifestierte sich in der Bildung ideologisch heterogener und instabiler Regierungsbündnisse, obwohl programmatisch kohärentere Alternativen mit ausreichenden Mehrheiten verfügbar gewesen wären (Grzymala-Busse 2001: 85). Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass die Wirkung des *regime divide* auf die Koalitionsbildung (Y1) festgestellt werden kann, wenn zur tatsächlich gebildeten Regierungskoalition eine programmatisch kohärentere Alternative bestehen würde, die über die Mehrheit der Mandate verfügt und aufgrund der Vergangenheit des potentiellen Koalitionspartners am Widerstand der Partei aus dem ehemaligen Oppositionslager scheitert. Sollten diese drei Kriterien (Mehrheit, programmatische Kohärenz und Asymmetrie) nicht gemeinsam vorliegen, ist der *regime divide* nicht der relevante Erklärungsfaktor (Y2). Für die Bestimmung der programmatischen Nähe der Parteien wird dabei auf Einschätzungen der Sekundärliteratur zurückgegriffen, da im Rahmen dieser Arbeit keine eigenen Daten erhoben werden.

Bei Koalitionen über den *regime divide* hinweg (X2) ist zum Teil erst mit den nächsten Wahlen, also ex-post, festzustellen, ob der *regime divide* weiterhin eine relevante Erklärungsgröße darstellt. Zur Beständigkeit des *regime divide* stellt Grzymala-Busse fest: „The divide will persist until voters reduce their punishment of the „defectors“ or parties begin to care less about their historical identity“ (2001: 100). Demnach ist bei Koalitionen über den *regime divide* hinweg zu untersuchen, ob in der Folge überdurchschnittlich hohe Stimmenverluste auftraten, die sich auf die Wahl des „falschen“ Koalitionspartners zurückführen lassen und ihre Ursache nicht in Korruptionsskandalen o.Ä. haben. Diese Einschränkung ist nötig, um zufällige Verzerrungen zu vermeiden. Zweitens ist zu überprüfen, ob Koalitionen über den *regime divide* hinweg von den anderen Parteien aus dem gleichen „Lager“ sanktioniert werden, indem sie von künftigen Koalitionsverhandlungen ausgeschlossen werden.<sup>16</sup>

Zudem erwähnt Grzymala-Busse (2001: 88), dass das Vorliegen von kritischen Situationen (*policy-pressures*), wie z.B. die Bedrohung der Demokratie durch die Regierung Mečiar in der Slowakei, Wirtschaftskrisen, Sicherheitskonflikte sowie der Druck internationaler Organisationen eine zeitweise Überwindung des *regime divide* ermöglichen kann, ohne dies zwingend zu sanktionieren. Aus diesem Grund muss für jede Regierungsbildung überprüft werden, ob eine der aufgezeigten Situationen vorlag. Ein drittes Kriterium liefert die Un-

---

<sup>16</sup> Diese beiden Aspekte beinhalten damit auch die Veränderungen, die von Grzymala-Busse (2001: 89) als Zeiteffekte bezeichnet werden und durch eine neue Generation von Politikern und Wählern zu Veränderungen im Koalitions- und Wahlverhalten führen können.



tersuchung von Druckman/Roberts (2007: 30f), die zu dem Ergebnis kommt, dass bei Koalitionen über den *regime divide* hinweg eine Disproportionalität bei der Verteilung von Ministerposten zu Ungunsten der ehemaligen Regime-Parteien auftritt, die die Koalitionspartner für erwartete zukünftige Verluste entschädigen soll. Dieses Kriterium reflektiert folglich die ex-ante erwarteten Effekte des *electoral punishment* bei den kommenden Wahlen.

Diese vorgestellten Kriterien sollen damit als Leitfaden für die Bestimmung der Bedeutung des *regime divide* bei den einzelnen Koalitionsbildungsprozessen dienen.<sup>17</sup>

## 2.4 Länderauswahl und Untersuchungszeitraum

Angesichts des qualitativen Charakters dieser Arbeit kommt der Auswahl der zu untersuchenden Länder eine besondere Bedeutung zu. Um zu relevanten Ergebnissen über die Wirkung des *regime divide* im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends zu gelangen, müssen möglichst aussagekräftige Länder ausgewählt werden. Aufgrund der Ausrichtung dieser Arbeit, welche die Relevanz bzw. Wirkungskraft des *regime divide* im Zeitverlauf überprüft, sind insbesondere zwei Kriterien für die Auswahl der Untersuchungsländer von Bedeutung. Erstens sollten die jeweiligen Länder idealerweise seit dem Systemwechsel 1989/90 als Demokratien einzustufen sein.<sup>18</sup> Des Weiteren sollte die Ausprägung des *regime divide* ausreichend stark sein und nicht permanent von anderen Faktoren überlagert werden, so dass eine eindeutige Bestimmung der Wirkungskraft des *regime divide* möglich ist.

Während das erste Kriterium ohne größere Einschränkungen auf alle ostmittel- und südosteuropäischen Staaten zutrifft, die 2004 bzw. 2007 der EU beigetreten sind, erfüllen nur Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei das zweite Kriterium. Neben einem vergleichbaren sozialen und ökonomischen Hintergrund zeichnen sich diese Länder durch die Tatsache aus, dass sich die kommunistische Führung einer starken Opposition gegenüber sah, der sie 1989/90 die Macht überlassen musste (Grzymala 2002: 16). Somit kann eine ausreichend starke Ausprägung des *regime divide* festgestellt werden. Gleichzeitig variiert aber das Ausmaß des *regime divide* dieser Länder, so dass sich zwischen Staaten mit starker (Polen, Tschechien) und schwacher (Ungarn, Slowakei) Ausprägung unterscheiden lässt (Grzymala-Busse 2001) und damit die Varianz der abhängigen Variable maximiert

---

<sup>17</sup> Wurden innerhalb einer Legislaturperiode mehrere Koalitionsregierungen gebildet, für die die gleiche Logik der Koalitionsbildung festgestellt wurde, so werden diese nicht explizit erwähnt.

<sup>18</sup> Vgl. hierfür die einschlägigen Demokratieindizes wie Polity IV oder Freedom House.

wird. Somit stellen die vier Viségrad-Staaten eine geeignete Auswahl dar, um die Wirkungskraft des *regime divide* zu untersuchen.

Im Gegensatz zu den Visegrád-Staaten liegt bei den verbleibenden sechs Staaten (Estland, Lettland, Litauen, Slowenien, Bulgarien und Rumänien), die zwar das erste Kriterium erfüllen, die Vermutung nahe, dass der *regime divide* nicht in gleichem Maße relevant ist. So konnten sich in Slowenien (Lang 2009: 280) und Litauen (Clark/Pranevičiūte 2008: 444) die postkommunistischen Nachfolgeparteien als Verfechter der nationalen Unabhängigkeit präsentieren und auf diese Weise im Parteiensystem etablieren, so dass hier der *regime divide* in den Hintergrund rückte. In Estland und Lettland sind ebenfalls Zweifel am Ausmaß des *regime divide* angebracht, da die Herausbildung wenig erfolgreicher postkommunistischer Nachfolgeparteien eng mit der großen russischen Minderheit verbunden war (vgl. Kropp et al. 2002: 28). Auch Rumänien und Bulgarien unterscheiden sich dahingehend, dass den kommunistischen Machthabern keine einflussreiche Opposition gegenüberstand, der sie 1990 die Regierung überlassen mussten. Zudem war das Ausmaß der Diskreditierung der kommunistischen Partei relativ gering (Grzymala-Busse 2002: 17), so dass hier der *regime divide* ebenfalls als weniger relevant einzustufen ist. Im Falle Rumäniens zeigt sich dies besonders deutlich daran, dass aus der ehemaligen Kommunistischen Partei sowohl eine Mitte-Links- als auch eine Mitte-Rechts-Partei entstand, die heute das jeweilige Spektrum dominiert (Pop-Eleches 2008: 466). Ein weiteres Argument gegen die Einbeziehung von Rumänien und Bulgarien liefern Druckman/Roberts (2007: 23), die Anhaltspunkte dafür finden, dass der *regime divide* in ökonomisch schwächer entwickelten Ländern wie Bulgarien und Rumänien tendenziell weniger stark ausgeprägt ist.

Ausgehend von der Auswahl der Untersuchungsländer kann diese Arbeit direkt an die Ergebnisse von Grzymala-Busse (2001) anschließen. Berücksichtigt werden damit all jene Regierungskoalitionen, die zwischen 2000 und Ende 2011 neu ins Amt gekommen sind. Auf Basis dieser Auswahl ergibt sich ein Zeitraum von 12 Jahren, in dem in jedem der Länder mindestens drei (in Polen sogar vier) Parlamentswahlen stattfanden. Damit kann diese Untersuchung auf die gleiche Anzahl von Legislaturperioden zurückgreifen, wie jene von Grzymala-Busse, die sich mit dem Zeitraum von 1990 bis 2000 beschäftigte.

### 3 Untersuchung zur Relevanz des *regime divide* 2000-2011

#### 3.1 Prognosekraft der Theorie des *regime divide* 2000-2011

Gemäß der in Kapitel 2.3 erfolgten Festlegungen wurden auf Basis der Datensätze von Müller-Rommel et al. (2008), Conrad/Golder (2010), Döring/Manow (2011) sowie eigenen Ergänzungen anhand der Internetseiten der jeweiligen Parlamente eine Übersicht aller Regierungskoalitionen im Untersuchungszeitraum erstellt sowie jene Koalitionen bestimmt, die über den *regime divide* hinweg gebildet wurden (siehe Anhang 1, S. 48). Davon ausgehend wurde die Prognosekraft für den Untersuchungszeitraum 2000-2011 bestimmt.

2000-2011 wurden insgesamt 28 Regierungen gebildet, von denen zwölf auf Polen, sechs auf Ungarn, sechs auf Tschechien und vier auf die Slowakei entfallen. Davon folgten 19 Regierungskoalitionen der Vorhersage der Theorie des *regime divide*, während nur neun Regierungen von Parteien mit unterschiedlicher Herkunft gebildet wurden. Daraus ergibt sich eine Prognosekraft von insgesamt 68%. Auch wenn dieser Wert fast 20% unter der Prognosekraft von Grzymala-Busse liegt, die für den Zeitraum 1990-2000 in 86% der Fälle mit der Theorie des *regime divide* die richtige Vorhersage traf, ist er weiterhin erstaunlich hoch. Für die ostmitteleuropäischen Länder kamen Grotz/Weber zu dem Ergebnis, dass sich im Zeitraum von 1990 bis 2009 ungefähr die Hälfte aller postelektoralen Koalitionen mit dem *office-seeking*-Paradigma erklären lässt. Die andere Hälfte bestand aus Minderheitsregierungen oder übergroßen Koalitionen, die sich nicht mit diesem Theoriestrang vereinbaren lassen. Dieser Befund kann auch für die betrachteten Länder bestätigt werden, einzig die Slowakei weicht davon ab (Grotz/Weber 2001: 201). Auch *policy*-orientierte Erklärungsansätze scheinen keine mit der Theorie des *regime divide* vergleichbar hohe Prognosekraft zu erreichen. So betonen Grotz/Weber (2011: 204), dass sich 55% aller minimaler Gewinnerkoalitionen in den neuen EU-Mitgliedsstaaten<sup>19</sup> aus Parteien zusammensetzen, die völlig unterschiedlichen Parteienfamilien angehören. Dies kann als Indikator für die ideologische Heterogenität dieser Bündnisse angesehen werden.<sup>20</sup>

Die Betrachtung der Prognosekraft des *regime divide* in den einzelnen Ländern bietet des Weiteren einige interessante Einsichten. Erstens liegt die Prognosekraft in allen Ländern weiterhin bei mindestens 50%. Damit liefert sie scheinbar ebenso gute Prognoseergebnisse, wie die oben angesprochenen *office*- und *policy-seeking* Ansätze. Insgesamt ist zudem eine abnehmende Prognosekraft (-18%) zu erkennen, die vor allem aus den Veränderungen in Polen (-42%) und Ungarn (-25%) resultiert. Dies scheint der von Kropp (2008: 526)

---

<sup>19</sup> Leider sind keine landesspezifischen Daten hierfür verfügbar.

<sup>20</sup> vgl. hierzu auch die *minimal connected winning* Theorie (Axelrod: 1976).

formulierten Erwartung nach einer Abschwächung der Wirkungskraft des *regime divide* zu entsprechen. Im Gegensatz dazu ist bei der Slowakei sogar ein leichter Zuwachs zu beobachten (+8%) – ein Fakt, der eine genauere Betrachtung erfordert. Des Weiteren erscheint es überraschend, dass in Polen beinahe die Hälfte aller Koalitionen über den *regime divide* hinweg gebildet wurden, obwohl ursprünglich eine starke Ausprägung des *regime divide* festgestellt wurde (Grzymala-Busse 2001: 93). Tabelle 3 fasst den Befund in Bezug auf die Prognosekraft des *regime divide* über die beiden Untersuchungszeiträume zusammen.

	Tschechische Republik	Polen	Slowakei	Ungarn	Insgesamt
Anzahl Regierungen (1990-2000)	4	7	6	4	21
Anzahl Koalitionen über den <i>regime divide</i> hinweg (1990-2000)	0	0	2	1	3
Prognosekraft <i>regime divide</i> (1990-2000)	100%	100%	67%	75%	86%
Anzahl Regierungen (2000-2011)	6	12	4	6	28
Anzahl Koalitionen über den <i>regime divide</i> hinweg (2000-2011)	0	5	1	3	9
Prognosekraft <i>regime divide</i> (2000-2011)	100%	58%	75%	50%	68%
Veränderung der Prognosekraft	Keine Veränderung	-42%	+8%	-25%	-18%
Ursprüngliche Ausprägung des <i>regime divide</i>	stark		schwach		

Tabelle 3: Prognosekraft des *regime divide* 1990-2000 und 2000-2011 im Vergleich (Eigene Darstellung und Berechnungen, vgl. Anhang 1, S.50ff)

Daraus ergibt sich, dass der *regime divide* weiterhin eine erstaunliche Prognosekraft zu besitzen scheint, auch wenn sich diese – wie erwartet – abgeschwächt hat. Wie in Kapitel 2.3 dargelegt, ist es allerdings nötig zu überprüfen, ob sich der gemessene Effekt tatsächlich auf den *regime divide* zurückführen lässt. Auch die teilweise überraschenden Ergebnisse der einzelnen Länder legen eine eingehendere Beschäftigung mit diesen nahe. Im Folgenden sollen daher die einzelnen Länder im Detail betrachtet werden und auf Basis dieser Erkenntnisse die Rolle des *regime divide* bei der Bildung von Koalitionsregierungen im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends bestimmt werden.

## 3.2 Koalitionsbildungsprozesse in den Untersuchungsländern

### 3.2.1 Tschechische Republik

Für die Tschechische Republik, der für die 1990er Jahre eine starke Ausprägung des *regime divide* attestiert wurde, kann dieser Befund auch für den Untersuchungszeitraum 2000-2011 bestätigt werden. Dementsprechend wurde keine einzige Koalition über den *regime divide* hinweg gebildet, so dass der unreformierte Nachfolger der Kommunistischen Partei, die KSČM, weiterhin von der Beteiligung an einer Regierungskoalition ausge-

geschlossen bleibt (vgl. Tabelle 4). Jedoch erreicht die parteipolitische Isolation nicht mehr das Ausmaß der 1990er Jahre.

Legislaturperiode	Regierungskoalition	Alternative Koalition über <i>regime divide</i> , die folgende Kriterien erfüllt:			<i>Regime divide</i> relevant
		Programmatische Nähe	Mehrheit (% der Mandate)	Asymmetrie	
2002-2006	ČSSD, US, KDU-ČSL	Ja (ČSSD, KSČM)	Ja (55,5%)	Ablehnung ČSSD (Tolerierung durch KSČM)	Ja
2006-2010	ODS, SZ, KDU-ČSL	Ja (ČSSD, KSČM, SZ)	Ja (53%)	Ablehnung KDU- ČSL/SZ (Tolerierung durch KSČM)	Ja
2010-	ODS, VV TOP09	Ja (ČSSD, KSČM)	Nein (41%)	Nicht relevant	Nein

Tabelle 4: Regierungskoalitionen entlang des *regime divide* in der Tschechischen Republik 2002-2011 (Eigene Darstellung)

Bis zu den Parlamentswahlen 2010 war das Parteiensystem der Tschechischen Republik durch eine zunehmende Bipolarität zwischen dem konservativen ODS und der sozialdemokratischen ČSSD gekennzeichnet (Linek 2007: 929; Linek/Lacina 2010: 944), zwei Parteien die ihre Wurzeln im Oppositionslager haben. Die ČSSD stellt dabei eine Ausnahme im postkommunistischen Raum dar. Obwohl sie nicht aus der Kommunistischen Partei hervorgegangen ist, dominiert sie das linke Spektrum (Lang 2009: 277, Antoszewski 2010: 99). Angesichts der Wahlergebnisse der parteipolitisch isolierten KSČM, die in Parlamentswahlen konstant 10-20% der Stimmen erreichte, konnten sich die gebildeten Regierungskoalitionen stets auf nur knappe Mehrheiten stützen (vgl. Kraus 2002: 61; Schevarado 2009).

In Anbetracht der zentralen Bedeutung der ökonomischen Konfliktlinie für die tschechische Parteienlandschaft (Kitschelt et al. 1999: 230f; Deegan-Krause 2006: 155; Hlousek/Kopeček 2008: 546) kann die Verortung der Parteien auf der Links-Rechts-Achse<sup>21</sup>, die von Volkens et al. (2011) auf Basis der Wahlprogramme der Parteien erstellt wird, als hilfreicher Ansatz dienen, um die programmatische Nähe der Parteien zu bestimmen.

Bei den Parlamentswahlen 2002<sup>22</sup> erreichte die KSČM mit 18,5% der Stimmen ihr bisheriges Rekordergebnis. Dabei konnte sie von enttäuschten Protestwählern profitieren, die mit der ČSSD-Minderheitsregierung von 1998-2002 unzufrieden waren (Plečtitá-Vlachová/Stegmaier 2003: 777). Damit ergab sich erstmals eine rechnerische Mehrheit für ein Bündnis aus ČSSD und KSČM, das zusammen über 111 der 200 Sitze verfügt hätte. Angesichts der öffentlichen Vorbehalte wäre die KSČM sogar zur Tolerierung einer Min-

<sup>21</sup> Volkens et al. stützen sich dabei auf die von Budge/Laver entwickelten Kriterien zur Verortung von Parteien auf der Rechts-Links-Achse zu der festgestellt wird: „the [...] ‘left-right’ dimension [...] deals with general economic strategy“ (Budge/Laver 1992: 3).

<sup>22</sup> Alle künftigen Angaben zu Wahlergebnissen und Mandatsanteilen beziehen sich auf Anhang 2 und 3, S.50-52.

derheitsregierung bereit gewesen, da das vorrangige Ziel die Überwindung der parteipolitischen Isolation war (Kopeček/Pšeja 2008: 331). Statt dieser programmatisch naheliegenden Variante wurde eine ideologisch deutlich heterogenere Koalition aus der sozialdemokratischen ČSSD, der christdemokratischen KDU-ČSL und der liberalen Freiheitsunion (US-DEU) gebildet (vgl. Tabelle 5; Casal Bértoa 2012: 15), die zudem nur über eine Stimme Mehrheit im Parlament verfügte.

Partei	Position auf der Links-Rechts-Achse	Koalition, die die Policy-Distanz minimiert	Policy-Distanz der tatsächlich gebildeten Koalition
KSČM	-14,51	4,33	
ČSSD	-10,18		
Koalice (US, KDU-ČSL)	+8,29		18,47
ODS	+40,04		

Tabelle 5: Verortung der tschechischen Parteien auf der Links-Rechts-Achse und mögliche Koalitionen 2002 (Eigene Berechnungen und Darstellung auf Basis von Volkens et al. 2011)

Den Verzicht auf die Bildung einer Minderheitsregierung unter Tolerierung der KSČM begründete der Parteivorsitzende des ČSSD, Špidla, mit Verweis auf das weiterhin bestehende Kooperationsverbot, das sich die ČSSD 1995 selbst auferlegt hatte (Kopeček/ Pšeja 2008: 331). Die Stabilität der ideologisch heterogenen Koalition aus ČSSD, KDU-ČSL und US-DEU, war von Anfang an zweifelhaft und führte insbesondere bei US-DEU und KDU-ČSL zu parteiinternen Streitigkeiten und wiederholten Wechseln des Spitzenpersonals (Hanley 2004: 32).

Unter dem 2005 ins Amt gekommenen neuen Premier Paroubek (ČSSD) wurde die KSČM allerdings zu „einer Art stiller Teilhaber“ (Lang 2009: 100) der Regierungspolitik, da sie gemeinsam mit der ČSSD gegen den Willen der Koalitionspartner eine Reihe von Gesetzen verabschiedete. Dem vorausgegangen war die Unterstützung der KSČM für die Wahl von Vaclav Klaus (ODS) zum Präsidenten im dritten Wahlgang, welcher in der Folge von der totalen parteipolitischen Isolation der KSČM abrückte, die sein Vorgänger Havel praktiziert hatte (Lang 2009: 99).

Insgesamt kann für diese Legislaturperiode damit eindeutig die Wirkung des *regime divide* auf die Koalitionsbildung festgestellt werden. Trotz der Möglichkeit eine programmatisch kohärentere Koalition mit der KSČM einzugehen, die über eine stabile Mehrheit verfügte, zog die ČSSD eine programmatisch weniger kohärente Koalition mit nur knapper Mehrheit vor, die ausschließlich aus Parteien aus dem ehemaligen Oppositionslager bestand.

Auch in der folgenden Legislaturperiode (2006-2010) zeigte sich, wie stark der *regime divide* in der Tschechischen Republik ausgeprägt ist. Angesichts begrenzter Koalitionsoptionen der sozialdemokratischen ČSSD war deren Wahlkampf auf die Bildung einer Min-

derheitenregierung mit KSČM-Tolerierung ausgerichtet, was eine anti-kommunistische Kampagne vom konservativen ODS und der christdemokratischen KDU-ČSL zur Folge hatte (Kopeček/Pšeja 2008: 333). Die Patt-Situation nach den Wahlen, in denen KSČM/ČSSD ebenso wie die KDU-ČSL/SZ/ODS 100 Mandate errangen, erschwerte die Koalitionsbildung. Die erstmals ins Parlament eingezogenen Grünen (SZ) waren zwar eine ursprünglich eher „linke“ Partei, die sich allerdings zunehmend Richtung Mitte des politischen Spektrums orientiert hatte. Dennoch wäre eine Kooperation von KSČM, ČSSD und SZ aus programmatischen Gründen naheliegend gewesen (vgl. Tabelle 6). Aufgrund ihrer antikommunistischen Haltung lehnten die SZ jede Mitwirkung in einer Minderheitsregierung ab, die von der Duldung der KSČM abhängig wäre (Hlousek/Kopeček 2008: 532f). Versuche, eine von der KSČM tolerierte Minderheitsregierung aus ČSSD und KDU-ČSL zu bilden, scheiterten nach Bekanntwerden der Verhandlungen am Protest der Präsidiumsmitglieder der KDU-ČSL (Kopeček/Pšeja 2008: 335), einer Partei, die als antikommunistisch eingestuft wird (Casal Bértoa 2012: 17).

Schlussendlich wurde 2007 nach einer einstweiligen ODS-Minderheitsregierung mit Unterstützung zweier ČSSD-Überläufer eine knappe Koalition aus ODS/KDU-ČSL und SZ ins Amt gewählt, welche vom Präsidenten Klaus für ihre programmatischen Differenzen kritisiert wurde (Seleny 2007: 164). Diese Koalition scheiterte 2009 während der EU-Ratspräsidentschaft an einem von der ČSSD initiierten Misstrauensvotum. Für den Zeitraum bis zum regulären Ende der Legislaturperiode wurde daraufhin eine Übergangsregierung unter dem parteilosen Premierminister Fischer gebildet. Auch für diese Legislaturperiode kann damit erneut der starke Einfluss des *regime divide* auf die Koalitionsbildung festgestellt werden.

Partei	Position auf der Links-Rechts-Achse	Koalition, die Policy-Distanz minimiert	Policy-Distanz der alternativ diskutierten Koalition	Policy-Distanz der tatsächlich gebildeten Koalition
KSČM	-22,18	17,44	21,05	25,53
ČSSD	-12,58			
SZ	-4,74			
KDU-ČSL	-1,13			
ODS	20,79			

Tabelle 6: Verortung der tschechischen Parteien auf der Links-Rechts-Achse und mögliche Koalitionen 2006 (Eigene Berechnungen und Darstellung auf Basis von Volkens et al. 2011)

Die Parlamentswahlen 2010 veränderten die tschechische Parteienlandschaft, die bis dahin für Ostmitteleuropa als überdurchschnittlich stabil und institutionalisiert gegolten hatte (Toole 2000; Casal Bértoa 2012: 5). Die KDU-ČSL war erstmals seit den ersten freien Wahlen nicht mehr im Parlament vertreten, dafür zogen die davon abgespaltene TOP09

sowie die Anti-Korruptions-Partei „Öffentliche Angelegenheiten“ (VV) auf Anhieb mit zweistelligen Ergebnissen ins Parlament ein. Angesichts der Konkurrenz durch die von der ČSSD abgespaltenen SPOZ<sup>23</sup> bzw. TOP09 mussten die bis dahin dominanten Parteien ČSSD und ODS deutliche Verluste hinnehmen und erreichten erstmals gemeinsam weniger als 50% der Stimmen (Haughton et al. 2011: 399). Trotz der massiven Stimmenverluste (absolut -15,2%) konnte der ODS gemeinsam mit TOP09 sowie VV eine Mitte-Rechts-Regierung bilden, die mit 118 von 200 Sitzen über eine stabile Mehrheit verfügte. Ein Blick auf die Links-Rechts-Positionierungen der Parteien zeigt, dass die gebildete Koalition auch unter Policy-Gesichtspunkten die optimale Lösung darstellt (vgl. Tabelle 7), auch wenn der Ausschluss des Wahlsiegers ČSSD offiziell mit deren nicht eindeutiger Haltung in Bezug auf eine Kooperation mit der KSČM<sup>24</sup> begründet wurde (Linek 2011: 953). Damit kann für diese Legislaturperiode erstmals in diesem Untersuchungszeitraum kein unmittelbarer Einfluss des *regime divide* auf die Koalitionsbildung festgestellt werden, da keine programmatisch kohärente Alternative mit einer Mehrheit der Mandate existierte.

Partei	Position auf der Links-Rechts-Achse	Koalition, die die Policy-Distanz minimiert
KSČM	-28,36	10,36
ČSSD	-10,66	
VV	0,83	
TOP09	7,97	
ODS	11,19	

Tabelle 7: Verortung der tschechischen Parteien auf der Links-Rechts-Achse und mögliche Koalitionen 2010 (Eigene Berechnung und Darstellung auf Basis von Volkens et al. 2011)

Insgesamt kann daher ein großer Einfluss des *regime divide* auf die Koalitionsbildungsprozesse in der Tschechischen Republik festgestellt werden. Selbst wenn dies für die Koalitionsbildung nach der letzten Parlamentswahl nicht zutrifft, sind die parteipolitischen Interaktionsmuster stabil geblieben. Auch wenn mittlerweile eine von der KSČM tolerierte Minderheitsregierung denkbar ist und sowohl 2006 wie auch 2010 angestrebt wurde, steht eine formale Regierungsbeteiligung der KSČM weiterhin nicht zur Diskussion (vgl. Stegmair/Vlachová 2008: 504; Weichsel 2010: 34).

<sup>23</sup> Die vom ehemaligen Premier Zeman aus Protest über den Führungsstil des ČSSD-Vorsitzenden Paroubek gegründete SPOZ scheiterte allerdings mit 4,3% der Stimmen an der Sperrklausel.

<sup>24</sup> So wäre nach den Prognosen vor der Wahl eine Minderheitsregierung der ČSSD mit Duldung der KSČM möglich gewesen (Weichsel 2010: 34).



### 3.2.2 Polen

Auch für Polen weisen Grzymala-Busses Untersuchungen auf einen stark ausgeprägten *regime divide* hin. Entsprechend wurden im Zeitraum 1990-2000 keine Koalitionen über den *regime divide* hinweg gebildet, obwohl dies mehrfach eine denkbare Option gewesen wäre. Für den Untersuchungszeitraum von 2000 bis 2011 stellen insbesondere die Parlamentswahlen 2007 eine Zäsur dar. Während für den ersten Abschnitt des Untersuchungszeitraums (insbesondere bis 2005) allgemein ein starker Einfluss des *regime divide* auf die Koalitionsbildung festgestellt werden kann, wurde 2007 mit der Koalition aus PSL und PO erstmals eine Koalition über den *regime divide* hinweg gebildet (vgl. Tabellen 8 und 9). Ein Spezifikum Polens ist, dass neben der postkommunistischen Nachfolgepartei SLD mit der Bauernpartei PSL eine zweite Partei mit Wurzeln im ehemaligen Regime-Lager existiert, deren Koalitionsfähigkeit sich nach 2007 deutlich unterscheidet und die Beurteilung der Rolle des *regime divide* in Polen weitaus komplexer gestaltet.

Legislaturperiode	Regierungskoalition	Alternative Koalition über <i>regime divide</i> , die folgende Kriterien erfüllt:			<i>Regime divide</i> relevant
		Programmatische Nähe	Mehrheit (% der Mandate)	Asymmetrie	
1997-2001	AWS <sup>25</sup>	Ja (UW, SLD)	Nein (48,7%)	Ablehnung Kooperation mit SLD durch die UW	Nein
2001-2005	SLD, UP, PSL	Ja (SLD, PO)	Ja (53,1%)	Ablehnung Kooperation mit der SLD durch die PO	Ja
2005-2007	PiS, LPR, SRP	Nein	Nicht relevant	Nicht relevant	Nein

Tabelle 8: Regierungskoalitionen entlang des *regime divide* in Polen 2000-2011 (Eigene Darstellung)

Legislaturperiode	Regierungskoalition	Electoral punishment	Isolierung durch andere Parteien	Policy pressures	Verteilung Ressorts	<i>Regime divide</i> relevant
2007-2011	PO, PSL	Nein	Nein	(Nein)	Proportional	Ja
2011 -	PO, PSL	/	Nein	Nein	Proportional	Nein

Tabelle 9: Regierungskoalitionen über den *regime divide* hinweg in Polen 2000-2011 (Eigene Darstellung)

Die 1997 gebildete Koalition aus AWS, einem Mitte-Rechts-Bündnis aus ca. 50 verschiedenen politischen Gruppierungen aus dem Solidarność-Umfeld, sowie der stärker reformorientierten liberalen Freiheitsunion (UW), welche ebenfalls dem Oppositionslager zuzurechnen ist (Grzymala-Busse 2001: 96), litt von Beginn an unter internen Streitigkeiten und Zerfallserscheinungen. Dies führte 2000 zum Rückzug der UW aus der Koalition und damit zum endgültigen Verlust der Regierungsmehrheit. Trotz fortwährender Erosionsprozesse konnte sich die AWS als Minderheitsregierung im Amt halten, da für die Ablösung

<sup>25</sup> Nur die AWS-Alleinregierung berücksichtigt, die 2000 nach dem Zerfall der AWS-UW-Koalition im Amt war.

der Regierung aufgrund des konstruktiven Misstrauensvotums die Zusammenarbeit der anderen Parteien nötig gewesen wäre (Jednaka 2004: 258-264). Für die Amtszeit der ersten Regierung dieser Untersuchung, die Minderheitsregierung Buzek, kann jedoch keine Bedeutung des *regime divide* festgestellt werden. Ursache hierfür ist die fehlende Mehrheit (224 von 460 Mandaten) im polnischen Parlament (Sejm), die eine von der UW sowieso abgelehnte Zusammenarbeit mit der SLD schon aus rein rechnerischen Gründen ausschloss.

Im Gegensatz dazu ist die Wirkung des *regime divide* in der Legislaturperiode 2001-2005 eindeutig erkennbar (vgl. auch Jednaka 2004: 321). Das kurz vor der Parlamentswahl 2001 durch AWS, UW und PSL geänderte Wahlrecht führte dazu, dass das Wahlbündnis aus SLD und UP knapp die Mehrheit der Mandate verpasste und somit auf einen weiteren Koalitionspartner angewiesen war (Millard 2003a: 81). Die von der SLD angestrebte Kooperation mit der aus der UW entstandenen liberalen PO, die auch inhaltlich naheliegend gewesen wäre und über eine stabile Mehrheit verfügt hätte, scheiterte an der Weigerung der PO mit den Postkommunisten zu koalieren (Grabowska 2004: 360; Jednaka 2004: 198f).<sup>26</sup> Auch die anderen, neu ins Parlament eingezogenen Parteien, die nationalistisch-klerikale LPR, die antikommunistische PiS sowie die populistische Bauernpartei SRP, schieden als mögliche Koalitionspartner aus (Jasiewicz/Jasiewicz-Betkiewicz 2002: 1066f).

Aufgrund der schlechten Erfahrungen während der gemeinsamen Regierungszeit 1993-1997 ließ sich die SLD angesichts fehlender Alternativen nur „widerwillig“ (Lang 2009: 66) auf eine Koalition mit der PSL ein. Erschwerend kam hinzu, dass sich die PSL seit 1993 programmatisch immer weiter von der SLD entfernt hatte (vgl. Klingemann et al. 2006: 14). Vorbehalte gegenüber der Koalition zeigten sich allerdings auch in der PSL, die zur Folge hatten, dass manche Abgeordneten systematisch gegen die Gesetzesvorlagen der eigenen Regierung stimmten (Sieklicki 2006: 106ff). Aufgrund der Vielzahl an Reizthemen sowie der harten Klientelpolitik der PSL (Lang 2009: 67) zerbrach die SLD-UP-PSL-Koalition 2003 infolge einer an der PSL gescheiterten Abstimmung (Millard 2010: 119). Die folgenden Minderheitsregierungen (Miller, Belka) konnten dabei trotz der Zerfallsprozesse in der SLD (Abspaltung der SDPL) und Korruptionsaffären (u.a. die Rywin-Affäre) die reguläre Legislaturperiode überstehen, da die abgespaltenen Gruppierungen aufgrund schlechter Umfrageergebnisse wenig Interesse an vorgezogenen Neuwahlen hatten (Jasiewicz/Jasiewicz-Betkiewicz 2006: 1232).

---

<sup>26</sup> Diese Asymmetrie ist auch eine Umfrage unter Parteitagssdelegierten. So wurden die PO (49%) sowie die nicht mehr im Parlament vertretene Freiheitsunion (UW) (47%) von SLD-/UP-Delegierten als bevorzugte Kooperationspartner genannt. Gleichzeitig nannten nur 5% der PO-Delegierten die SLD als möglichen Koalitionspartner, die UP war sogar nur für 4% ein potentieller Koalitionspartner (Grabowska 2004: 277).

Das Wahlbündnis der SLD mit der UP, deren Herkunft sich sowohl aus kommunistischen, als auch aus oppositionellen Kreisen speist (Bakke/Sitter 2005: 247), ist dabei entgegen der formalen Betrachtung in Kapitel 3.1 und der Einschätzung Millards (2003b: 367f) nicht als Koalition über den *regime divide* hinweg zu bewerten. Wie Bingen feststellt, handelte es sich dabei nur um eine „Randerscheinung ohne Symbolwert“ (2008: 82), ein Ergebnis zu dem auch Jednaka kommt (2004: 199). Auch Tzelgov (2011: 539) geht in seiner Untersuchung von keiner Überwindung des *regime divide* aus. Zwar wurde die Führungsebene der UP zu Beginn der 1990er von Personen mit Solidarność-Biographie dominiert (Chwedoruk 2004: 98), der Austritt des Mitbegründers Bugaj und weiterer Aktivisten aus Protest über die Zusammenarbeit mit der PSL Ende der 1990er Jahre stellte aber einen Wendepunkt dar, in dessen Folge sich die UP an die SLD annäherte (Sieklicki 2006: 86). Augenscheinliches Merkmal dieser Verschiebung ist die Dominanz von Abgeordneten mit eindeutig kommunistischem Hintergrund in der UP-Fraktion ab 2001 (vgl. Grabowska 2004: 287). Für die Zuordnung des Wahlbündnisses zum ehemaligen Regime-Lager spricht zudem die Tatsache, dass die Wahlentscheidung für das Bündnis aus SLD und UP signifikant negativ mit der Zugehörigkeit zur Opposition in der Volksrepublik Polen korreliert war (Grabowska 2004: 355). Treibende Kraft für dieses von der SLD dominierte Wahlbündnis<sup>27</sup> war das Bestreben der SLD, das linke Spektrum unter ihrer Führung zu vereinen und so unnötige Stimmenverluste zu verhindern (Grabowska 2004: 360; Lang 2009: 66), dem die UP, die in den letzten Wahlen an der 5%-Hürde gescheitert war, wenig entgegenzusetzen konnte.

Damit kann festgehalten werden, dass in der Legislaturperiode 2001-2005 keine Koalition über den *regime divide* hinweg gebildet und somit die Koalitionsbildung durch den *regime divide* beeinflusst wurde. In der Folge wurde eine programmatisch wenig kohärente Koalition aus PSL und SLD-UP gebildet, da der Wunschpartner der SLD, die PO jede Kooperation ablehnte.

Nach den Parlamentswahlen und den kurz darauf stattgefundenen Präsidentschaftswahlen 2005 wurde entgegen der Erwartungen der Wähler (vgl. Roguska 2005: 1) keine Koalition der Wahlsieger PiS und PO gebildet, die beide dem Oppositionslager zuzurechnen sind. Ursachen hierfür waren die von der PiS forcierte Polarisierung zwischen einem sozialen (PiS) und liberalen (PO) Polen, persönliche Attacken auf den Präsidentschaftskandidaten der PO, Donald Tusk, sowie Uneinigkeiten über die mögliche Aufteilung von Ressorts (Jasiewicz/Jasiewicz-Betkiewicz 2006: 1243; Millard 2006: 1027f). Nach einer vorübergehenden PiS-Minderheitsregierung wurde im Herbst 2006 eine Koalitionsregierung unter

---

<sup>27</sup> Vgl. hierzu auch das Verhältnis der beiden Fraktionen im Sejm. Während die SLD 200 Mandate errang, betrug der Anteil der UP nur 16 Mandate. Dies entspricht etwa einem Verhältnis von 1:12,5.

Einbeziehung der radikalen Bauernpartei SRP sowie der extremistischen national-religiösen LPR (Thieme 2007: 108) gebildet, welche abgesehen von einer kurzen Unterbrechung, bis August 2007 Bestand hatte. Inhaltliche Gemeinsamkeiten der PiS-LPR-SRP-Regierung waren die scharfe Kritik an der Entwicklung Polens nach der Wende verbunden mit der Forderung nach grundlegenden Veränderungen, die Ablehnung des Liberalismus sowie die Betonung nationaler und religiöser Werte (Millard 2006: 1029f; Bingen 2008: 82; Millard 2010: 127f). Für die Koalitionsbildungsprozesse in dieser Legislaturperiode scheint der *regime divide*, angesichts der Bipolarität zwischen PiS und PO, die ihre Hauptursache nicht in der Programmatik sondern im politischen Stil hatte (Gwiazda 2008: 761; vgl. auch Casal Bértoa 2012: 21), keine Rolle gespielt zu haben.

In der Legislaturperiode 2007-2011 wurde in Polen mit der Kooperation von PO und PSL erstmals eine Koalition über den *regime divide* hinweg gebildet. Während die in 2.3 entwickelten Kriterien gegen das Vorliegen des *regime divide* sprechen, ist angesichts des Ausschlusses des neugegründeten Wahlbündnisses unter Führung der SLD von der Regierungsbildung weiterhin von einem Fortbestand des *regime divide* auszugehen. Die vorgezogenen Neuwahlen 2007, die nach dem erneuten Scheitern der PiS-LPR-SRP-Koalition nötig wurden, können als „plebiscite on a polarizing and controversial government“ (Szczurbiak 2008: 435; vgl. auch Markowski 2008: 1065) verstanden werden, das ganz unter dem Vorzeichen des wiederholten Duells zwischen PiS und PO stand.<sup>28</sup> Deutlicher Wahlsieger wurde die PO (41,5%) vor der PiS, die trotz der Konsolidierung der eigenen Wählerschaft und der Übernahme von Teilen der Anhängerschaft der ehemaligen Koalitionspartner (Szczurbiak 2008: 422) nur 32,1% der Stimmen erreichte. Neben diesen beiden Parteien, die ihre Wurzeln im Oppositionslager haben, zogen nur noch die PSL und das Wahlbündnis LiD<sup>29</sup> unter Führung der SLD in den Sejm ein.

In dieser Situation war die PSL, die sich in den vergangenen Jahren modernisiert hatte, der einzig mögliche Koalitionspartner für die PO (Markowski 2008: 1061; Münch 2008: 769; vgl. auch Flis 2011: 284ff), auf die sich diese entgegen der üblichen Praxis bereits vor der Wahl festgelegt hatte (Ziemer/Matthes 2010: 233). Angesichts der zunehmenden Bedeutung von sozioökonomischen Fragen (Szczurbiak 2008: 428; Casal Bértoa 2012: 20) ist überraschend, dass eine Koalition der PO mit dem LiD nicht zur Diskussion stand (Münch

---

<sup>28</sup> Dies belegt auch die für Polen überdurchschnittlich hohe Wahlbeteiligung von 53,8%, die nur von der Beteiligung bei den ersten halbfreien Wahlen 1989 übertroffen wurde.

<sup>29</sup> Das zu den Parlamentswahlen 2007 neuformierte Wahlbündnis LiD, das aus SLD, SDPL, UP und der Nachfolgepartei der UW (PD) bestand, war die „erste politisch signifikante Überwindung des Postkommunismus-Postsolidarność-Schemas in der polnischen Parteienlandschaft“ (Bingen 2008: 82). Diese hatte allerdings nur bis 2008 Bestand.

2008: 769), obwohl diese insbesondere im Bereich der Wirtschaftspolitik größere Schnittmengen aufwies (vgl. Casal Bértoa 2012: 21; Hloušek/Kopeček 2010: 123). Diese Übereinstimmung belegt auch eine Wählerumfrage, welche die PO bzw. LiD jeweils bei der anderen Partei als meist genannte zweite Wahlpräferenz identifiziert (Cybulska 2007: 6). Während Szczerbiak (2008: 433) die Entscheidung für die PSL als Koalitionspartner vor allem damit begründet, dass diese insbesondere aufgrund deren Status als Klientelpartei<sup>30</sup> der „einfachere“ Koalitionspartner war, betont Millard (2010: 157f; vgl. auch Lang 2009: 330) den Fakt, dass eine Kooperation mit dem LiD zu einer weiteren Polarisierung des politischen Wettbewerbs durch die PiS geführt hätte, die die Regierungsarbeit erschwert hätte. Die Wahl der PSL als Koalitionspartner stellt damit zwar eine Überwindung des *regime divide* dar, gleichzeitig wurde eine Kooperation mit der durch die SLD-Vergangenheit stärker belasteten LiD abgelehnt (Münch 2008: 769), obwohl diese eine programmatisch kohärentere Koalition ermöglicht hätte, so dass weiterhin von der Existenz des *regime divide* ausgegangen werden kann.

Entgegen diesem Befund sprechen allerdings in Bezug auf die PSL alle Kriterien gegen die Existenz des *regime divide*. So erscheint es zweifelhaft, ob sich die PiS-Regierung, die teilweise „am Rande oder jenseits des Verfassungsbruchs“ agierte (Bingen 2008: 82), aufgrund ihrer Instabilität und der kurzen Dauer mit den autoritären Tendenzen der Regierung Mečiar in der Slowakei vergleichen lässt und damit eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie in Polen darstellte. Unabhängig davon kann allerdings festgehalten werden, dass die Bildung einer Koalition über den *regime divide* hinweg durch den polarisierenden Führungsstil der PiS begünstigt wurde. Dieser erlaubte es der PO, sich als gemäßigter Gegenentwurf der PiS-Regierung zu präsentieren (Bader/Zapart 2011: 270ff) - eine Position, die sich auch im pragmatischeren Verhältnis zur kommunistischen Vergangenheit und damit insbesondere im Verhältnis gegenüber dem künftigen Koalitionspartner, der ehemaligen Satellitenpartei PSL, widerspiegelte (Casal Bértoa 2012: 20).

Auch in Bezug auf die Wahlergebnisse finden sich keine Hinweise darauf, dass die Herkunft der PSL noch eine Rolle zu spielen scheint. So verlor die PO bei den Wahlen 2011 entgegen der Erwartungen der Theorie des *regime divide* nur 5,5% der Stimmen (relativer Wert), ein Ergebnis, das deutlich unter dem Durchschnittsverlust aller Amtsinhaber liegt (-49,5%). Vielmehr zeigt sich eine starke Symmetrie zur PSL, die 5,6% der Stimmen (rel-

---

<sup>30</sup> Vgl. hierzu auch: Cybulska/Pankowski 2011: 3.

tiv) verlor<sup>31</sup> und damit im gleichen Maße für die Regierungsbeteiligung abgestraft wurde. Auch die proportionale Ressortverteilung (vgl. Tabelle 10) legt nahe, dass keine Verhandlungsasymmetrie zwischen PO und PSL besteht.

Bei der Neuaufgabe der Regierungskoalition aus PO und PSL nach den Parlamentswahlen 2011 kann kein Einfluss des *regime divide* auf die Regierungsbildung festgestellt werden. Neben PO, PSL, SLD und PiS schaffte auch der neugegründete RP, eine von dem ehemaligen PO-Abgeordneten Palikot gegründete anti-klerikale Partei, mit 10% der Stimmen den Einzug ins polnische Parlament. Dass die PO eine Neuaufgabe der Koalition mit der PSL vorzog, weil bei einer Koalition mit dem liberalen RP Konflikte mit dem konservativen Flügel der PO gedroht hätten (Majcherek 2011: 5), weist darauf hin, dass die Vergangenheit der PSL keine Bedeutung mehr für deren Koalitionsfähigkeit hat. In diese Richtung weist auch die Verteilung der Ministerposten. So ist die PSL trotz schlechterer Verhandlungsposition im Vergleich zum Jahr 2007 sogar leicht überrepräsentiert (vgl. Tabelle 10). Nachdem der RP aufgrund der wirtschaftspolitischen Übereinstimmung mit der PO zudem als möglicher Koalitionspartner diskutiert wurde (vgl. Flis 2012: 4), läge diese Kooperation näher als ein Bündnis aus SLD und PO, so dass in dieser Hinsicht von keiner Bedeutung des *regime divide* ausgegangen werden kann.

	Anteil PO an Regierungskoalition in %	Anteil PO an Ministerien in %	Anteil PSL an Regierungskoalition in %	Anteil PSL an Ministerien in %
2007	85,0%	84,2%	15,0%	15,8%
2011	88,4%	85,0%	11,6%	15,0%

*Tabelle 10: Anteil an Regierungskoalition und Verteilung der Ministerposten für die PO-PSL Koalitionen 2007 und 2011 (Eigene Darstellung und Berechnungen auf Basis von Jasiewicz/Jasiewicz-Betkiewicz 2008: 1102 und Źmijewska 2011; parteilose Minister, die auf Vorschlag der PO ernannt wurden, wurden der PO zugerechnet)*

Während in Polen zu Beginn des neuen Jahrtausends der *regime divide* zentraler Erklärungsfaktor für die Bildung von Koalitionsregierungen war, scheint dieser in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts angesichts der Bipolarität von PiS und PO in den Hintergrund geraten zu sein (Szczerbiak 2007: 221f; Szczerbiak 2008: 427f), was durch die zunehmende Marginalisierung der SLD begünstigt wurde.<sup>32</sup> Auch wenn es der PSL erfolgreich gelang, den *regime divide* zu überwinden, scheint diese Theorie in Bezug auf die SLD weiterhin

<sup>31</sup> Dabei profitierten beide Parteien zu einem gewissen Grad auch vom stark negativen Elektorat der PiS (38%), da sie von jeweils ca. 20% der Wähler als „das kleinere Übel“ bezeichnet wurden (Cybulska/Pankowski 2011: 3, 8).

<sup>32</sup> So verschlechterten sich die Wahlergebnisse der SLD von 2005 (12,0%) bis 2011 (5,9%) stetig. Zudem leidet die SLD an einer Überalterung ihrer Wählerschaft (vgl. Hermann 2011: 12) und den Auswirkungen der Korruptionsskandale der Regierungszeit 2001-2005, in deren Folge nur noch 3% der Befragten die SLD als ehrlich, glaubwürdig und nicht korrupt einschätzten, während das Mittel der anderen Parteien immerhin bei 38% lag (Pankowski 2005: 3).

Gültigkeit zu besitzen, da die SLD 2007 trotz inhaltlicher Überschneidungen in den Koalitionsüberlegungen der PO keine Rolle spielte.

### 3.2.3 Slowakei

Im Gegensatz zu Polen und der Tschechischen Republik, denen eine ursprünglich starke Ausprägung des *regime divide* attestiert wurde, kam Grzymala-Busse für die Slowakei zu dem Ergebnis, dass der *regime divide* bereits in den 1990er Jahren relativ schwach ausgeprägt war. Obwohl im Untersuchungszeitraum 2000-2011 nur eine einzige Regierungskoalition über den *regime divide* hinweg gebildet wurde, fanden sich in der Untersuchung keine Hinweise darauf, dass die Herkunft der Parteien Einfluss auf die Regierungsbildung in der Slowakei nimmt (vgl. Tabelle 11 und 12).

Legislaturperiode	Regierungskoalition	Alternative Koalition über <i>regime divide</i> , die folgende Kriterien erfüllt:			<i>Regime divide</i> relevant
		Programmatische Nähe	Mehrheit (% der Mandate)	Asymmetrie	
2002-2006	SDKÚ-DS, SMK, KDH, ANO	Nein	Ja	Nein	Nein
2010-2012	SDKÚ-DS, SaS, KDH, Most-HiD	Nein	Ja	Nein	Nein

Tabelle 11: Regierungskoalitionen entlang des *regime divide* in der Slowakei 2002-2011 (Eigene Darstellung)

Legislaturperiode	Parteien	Electoral punishment	Isolierung durch andere Parteien	Policy pressures	Verteilung Ressorts	<i>Regime divide</i> relevant
2006-2010	SMER-SD, SNS, LS'-HZDS	Nein	Nein	Nein	Überrepräsentation SMER-SD	Nein

Tabelle 12: Regierungskoalitionen über den *regime divide* hinweg in der Slowakei 2002-2011 (Eigene Darstellung)

Dennoch kann für die Legislaturperiode 1998-2002 nachträglich die Bedeutung des *regime divide* bestätigt werden. Der erdrutschartige Stimmenverlust (-90,5%)<sup>33</sup> der postkommunistischen Nachfolgerpartei SDL' bei den Parlamentswahlen 2002, die sich von 1998-2002 in der breiten Anti-Mečiar-Koalition an der Regierung beteiligt hatte, lässt sich als *electoral punishment* im Sinne Grzymala-Busses verstehen. Rybár/Deegan-Krause (2008: 501) führen die massiven Stimmenverluste auf den enormen Popularitätsverlust sowie die wachsende Konkurrenz durch Parteiabspaltungen zurück. Der Popularitätsverlust resultierte dabei aus der Tatsache, dass sich die SDL' genötigt sah, die Sparpolitik der Regierungskoalition mitzutragen, die den Vorstellungen ihrer Wählerschaft sowie den eigenen parteipolitischen Zielen widersprach (Kopeček/Hloušek 2010: 33; Haughton 2004: 186). Aus Protest über die Zusammenarbeit mit den rechten Parteien verließ das populäre Führungsmi-

<sup>33</sup> Eigene Berechnungen siehe Anhang 2, S. 50f.

glied Robert Fico die SDL<sup>1</sup> und gründete mit der SMER eine Partei (Mesežnikov et al. 2008: 111), die zur Marginalisierung der SDL<sup>1</sup> beitrug. Die mit 1,4% am Einzug ins Parlament gescheiterte SDL<sup>1</sup> konnte sich von diesem Absturz nicht mehr erholen und ging 2004 in der SMER auf, so dass dies als Ende „des parteipolitisch organisierten Postkommunismus in der Slowakei“ (Lang 2009: 126; vgl. auch Rybár/Deegan-Krause 2008: 503) verstanden werden kann.

Demgegenüber kann für die erste Legislaturperiode dieser Untersuchung (2002-2006) keine Bedeutung des *regime divide* festgestellt werden. Vielmehr wurde die Koalitionsbildung durch zweierlei Aspekte beeinflusst. Obwohl die LS<sup>2</sup>HZDS, die ihre Wurzeln in der Oppositionsbewegung hatte, mit 19,5% der Stimmen die stärkste Kraft wurde, verweigerten die anderen Parteien, mit Verweis auf die autoritären Tendenzen Mečiar in den 1990er Jahren, die Zusammenarbeit (Hloušek/Kopeček 2008: 540). Des Weiteren wurden negative außenpolitische Auswirkungen befürchtet, die insbesondere kurz vor dem EU-/Nato Beitritt vermieden werden sollten (Deegan-Krause 2003: 75).

Auf der anderen Seite zeichnete sich die aus SDKÚ, KDH, SMK und ANO gebildete Mitte-Rechts-Koalition durch eine inhaltliche Kohärenz im Bereich der Wirtschaftspolitik aus (Deegan-Krause 2003: 75; Haughton/Rybár 2008: 236; Beblavý/Veselkova 2011: 7). Das ambitionierte liberale Regierungsprogramm (Učeň 2003: 1074) unterstrich dabei die wachsende Bedeutung der sozioökonomischen Dimension (Hloušek/ Kopeček 2008: 547). Dies schloss gleichzeitig eine Einbeziehung der SMER aus, die sich wirtschaftspolitisch an den Vorstellungen der SDL<sup>1</sup> orientierte (Rybár/Deegan-Krause 2008: 507ff). Eine gewisse Heterogenität der Regierungskoalition ergab sich allerdings in Bezug auf die Weltanschauung, die die christdemokratische KDH und Partei der ungarischen Minderheit SMK von der anti-klerikalen ANO und der säkularen SDKÚ trennt (Casal Bértoa 2012: 19). Diese Unterschiede führten auch kurz vor dem regulären Wahltermin 2006 zum Auseinanderbrechen der Regierungskoalition und machten vorgezogene Neuwahlen erforderlich. Angesichts der vorrangigen Bedeutung wirtschaftspolitischer Themen für die Koalitionsbildung kann für diese Legislaturperiode kein Einfluss des *regime divide* festgestellt werden.

Die Wahlen 2006 bestätigten dabei die Entwicklungen, die bereits bei den Wahlen 2002 zu beobachten waren. Während der Konflikt um die autoritären Tendenzen der Regierung Mečiar in den 1990ern immer weiter in den Hintergrund rückte, gewannen sozioökonomische Themen weiter an Bedeutung (Haughton/Rybár 2008: 252; Malová/Učeň 2007:



1101).<sup>34</sup> Die nach den Wahlen 2006 vom bisherigen Premier Dzurinda propagierte Vierer-Koalition aus KDH, SMK, SDKÚ-DS<sup>35</sup> und der Mečiar-Partei LS‘-HZDS hätte dabei die bisherige Trennungslinie der slowakischen Politik überwunden.<sup>36</sup> Diese Koalition wäre auch auf Basis der Theorie des *regime divide* zu erwarten gewesen, da nur diese Konstellation eine Regierungsbeteiligung der SMER-SD ausschloss. Allerdings scheiterte dieses Vorhaben am Widerstand der KDH, die eine Kooperation mit Verweis auf die bisherige Politik Mečiar ablehnte (Lang 2006: 330; Haughton/Rybár 2008: 249).

Damit war offensichtlich, dass nur eine Koalition mithilfe des Wahlsiegers, der von Robert Fico geführten SMER-SD, die ein Drittel der Mandate erreichte, gebildet werden konnte. Diese hatte im Wahlkampf, in dem wirtschaftspolitische Themen eine zentrale Rolle spielten (Hloušek/Kopeček 2008: 542), eine Koalitionsaussage vermieden, auch wenn eine Koalition mit der SDKÚ-DS aufgrund ihrer liberalen Wirtschaftspolitik von vornherein ausgeschlossen schien (Haughton/Rybár 2008: 238). Die Uneinigkeiten der christdemokratischen KDH in Bezug auf ihre politische Ausrichtung waren für die SMER-SD Anlass, sich aus den Koalitionsverhandlungen mit KDH und SMK zurückzuziehen (Lang 2006: 331).

Somit kann keine Asymmetrie zu Ungunsten der SMER-SD festgestellt werden, die ein Hinweis auf die Existenz des *regime divide* wäre. Die aus SMER-SD mit der nationalistischen SNS und der Mečiar-Partei LS‘-HZDS gebildete Koalition, die international viel Widerspruch hervorrief und angesichts der feindschaftlichen Beziehung von LS‘-HZDS und SMER-SD in der Legislaturperiode 2002-2006 (Mesežnikov et al. 2008: 118) überraschend erscheint, lässt sich durch das Machtkalkül Ficos (SMER-SD) erklären (Haughton/Rybár 2008: 250). Die nachrangige Bedeutung der Wirtschaftspolitik für SNS und LS‘-HZDS bot der SMER-SD die Möglichkeit, ihre eigenen wirtschaftspolitischen Vorstellungen zu verwirklichen (Hloušek/Kopeček 2008: 544).

Darüber hinaus scheint vor allem das *office-seeking* Argument relevant zu sein, auch wenn Mesežnikov et al. (2008: 111) auf gewisse Übereinstimmung bei der Orientierung an nationalistischen Ideen hinweisen. So konnte die SMER-SD, angesichts der fehlenden Koalitionsoptionen ihrer Partner, deutlich mehr Ministerien für sich beanspruchen als ihr rein

---

<sup>34</sup> Dies verdeutlicht auch eine Umfrage des „Institute for Public Affairs“, in der Themen wie Arbeitslosigkeit, Lebensstandard und Armut in einer Befragung als die drängendsten Problem der Slowakei genannt wurden, während die Qualität der Demokratie auf dem letzten Platz mit nur 4% der Nennungen landete (Bútorová et al. 2006: 4).

<sup>35</sup> Im Zeitraum 2002-2006 kam es zu einigen Umbenennungen in der slowakischen Parteienlandschaft aufgrund von Parteifusionen der dominierenden mit kleineren Parteien. Im Folgenden werden Parteinamen nach der Fusion verwendet.

<sup>36</sup> Dies hatte sich bereits während der vergangenen Legislaturperiode angedeutet, da die LS‘-HZDS die Regierung Dzurinda nach dem Verlust der eigenen Mehrheit tolerierte und im Gegensatz zu SMER keine Ablösung anstrebte (Kopeček/Hloušek 2008: 540).

rechnerisch zustanden (vgl. Tabelle 13). Bei der Berücksichtigung von Staatssekretären gleicht sich das Bild etwas zu Gunsten der Koalitionspartner aus. Allerdings kontrollierte die SMER-SD mit ihren Ministerien 2/3 des gesamten Staatsbudgets, was die vorherige Feststellung in Bezug auf die Staatssekretäre relativiert (Haughton/Rybár 2008: 251f).

Legislaturperiode	Anteil SMER-SD an der Regierungskoalition in %	Anteil SMER-SD an Ministerien in %	Anteil LS'-HZDS/SNS an Regierungskoalition in %	Anteil LS'-HZDS/SNS an Ministerien in %
2006-2010	58,8%	68,75%	41,2%	31,25

Tabelle 13: Anteil an Regierungskoalition und Verteilung der Ministerposten für die SMER-SD/SNS/LS'-HZDS-Koalition 2006 (Eigene Darstellung und Berechnung auf Basis von Malová/Učeň 2007)

Die deutlichen Stimmenverlust der SNS (-56,4%) und LS'-HZDS (-51,1%) in den Wahlen 2010 könnten als Hinweis auf die Sanktionierung durch die Wähler infolge der Überwindung des *regime divide* verstanden werden.<sup>37</sup> Die genauere Betrachtung widerlegt diese Vermutung allerdings, da die Verluste dieser beiden Parteien vor allem aus der Wählerwanderung zugunsten der SMER-SD resultieren (Malová/Učeň 2011: 1124). Als Ursache hierfür wird der moderatere Nationalismus der SMER-SD ausgemacht, der viele Wähler von der durch Korruptionsskandale kompromittierten SNS sowie von der unter dem abnehmenden Charisma Mečiar leidenden LS'-HZDS anzog (Haughton et al. 2011: 398). Auch für die Legislaturperiode 2006-2010 ist damit keine Wirkungskraft des *regime divide* zu konstatieren. Zwar wurde eine Koalition über den *regime divide* hinweg gebildet, gleichzeitig ist aber keines der in Kapitel 2.3 erörterten Kriterien erfüllt, die eine Existenz des *regime divide* nahelegen.

Bei der Wahl 2010 konnte die SMER-SD zwar ihr Ergebnis erneut verbessern (34,8%), allerdings standen ihr infolge der Stimmenverluste ihrer ehemaligen Koalitionspartner keine Kooperationsmöglichkeiten zur Verfügung. Während die LS'-HZDS an der 5%-Hürde scheiterte, gelang der SNS mit 5,1% knapp der Einzug ins Parlament. Alle anderen Parteien hatten bereits vor den Wahlen, wenn im Falle der KDH auch zögerlich, eine Zusammenarbeit mit der SMER-SD ausgeschlossen (Gyárfášová 2010: 64).

Der 2010 gebildeten Mitte-Rechts-Regierung unter Premierministerin Iveta Radičová gehören neben den altbekannten Parteien KDH und SDKÚ-DS auch die neu ins Parlament eingezogene Most-Híd, eine Abspaltung der Partei der ungarischen Minderheit SMK, sowie die neugegründete liberale SaS, an. Damit ist erneut die Wirtschaftspolitik das einigende Band zwischen den Koalitionsparteien. Diese können im Unterschied zu SNS und

<sup>37</sup> Diese Werte liegen damit deutlich über dem Mittel der slowakischen Regierungsparteien, die nach Ende ihrer Amtszeit durchschnittlich 21% der Stimmen verloren (Eigene Berechnungen siehe Anhang 2, S. 50f).

SMER-SD dem reformorientierten Lager zugerechnet werden (Gyárfášová 2010: 66; Beblavý/Veselkova 2011: 7). Auch für diese Legislaturperiode kann somit keine Wirkung des *regime divide* auf Koalitionsbildungsprozesse festgestellt werden, da die Regierungsbildung von der programmatischen Nähe der Parteien bestimmt wurde.

Anhand der Darstellung konnte herausgearbeitet werden, dass die historische Herkunft der Parteien in der Slowakei keinen Einfluss auf deren Koalitionsfähigkeit hat.<sup>38</sup> Der Parteienwettbewerb und die Bildung von Regierungskoalitionen wurden vielmehr durch den jeweils dominanten Konflikt bestimmt (Haughton et al. 2011: 395). Während die 1990er Jahre durch die zunehmend autoritäre Politik der Regierungen Mečiar dominiert wurden, die die Überwindung des *regime divide* ermöglichte (Grzymala-Busse 2001: 99; Hloušek/Kopeček 2008: 536), gewannen nach 2002 sozioökonomische Fragen an Bedeutung (Haughton/Rybář 2008: 236), welche auch die programmatische Ausdifferenzierung der Parteien und die Herausbildung fester Kooperationsmuster begünstigten (Hloušek/Kopeček 2008: 548).

An dieser Stelle muss festgehalten werden, dass die SMER-SD nur noch als „postkommunistisch im weiteren Sinne“ (Lang 2009: 17) betrachtet wird. Die Betonung der Neuartigkeit der Partei und die damit verbundene Abgrenzung gegenüber den etablierten Parteien (Sikk 2011: 15) sowie die Zentralisierung und Personalisierung, die eng mit der Dominanz der Parteiführung um den populären<sup>39</sup> Robert Fico verbunden ist (Rybář/Deegan-Krause 2008: 505), konnte die eigenen kommunistischen Ursprünge noch weiter in den Hintergrund drängen.<sup>40</sup> Dies spiegelt sich auch in der Wählerstruktur der SMER-SD wider, zu der Bútorova et al. (2006: 8) feststellen: „[The electorate of SMER-SD] closely copies the average Slovak voter in terms of virtually all socio-demographic categories/characteristics“ (vgl. auch Gyárfášová 2008: 46).

---

<sup>38</sup> In diese Richtung weisen auch die Ergebnisse einer Expertenbefragung von Rohrschneider/Whitefield, die der kommunistischen Vergangenheit in einer Reihe von acht Faktoren die geringste Bedeutung zuweisen, während sozioökonomische Fragen an der Spitze stehen (Rohrschneider/Whitefield 2004 zitiert nach Haughton/Rybář 2008: 239).

<sup>39</sup> So war Robert Fico der vertrauenswürdigste Politiker (31% der Befragten), der noch vor dem amtierenden Staatspräsidenten lag (Bútorová et al. 2006: 14).

<sup>40</sup> Vgl. hierzu auch Rybář/Deegan-Krause 2008: 512: “As the successor to a Communist successor party, Smer occupied the position without either the benefits or burdens of a direct Communist legacy. On the one hand, this meant the loss of the “cache” of those committed specifically to the Communist Party as an institution, but this was a relatively small share [...] In exchange, Smer appears to have gained increased access to those with redistributionist attitudes but with a negative memories (sic!) of Communist Party rule before 1989”.

### 3.2.4 Ungarn

Wie in der Slowakei wurde auch in Ungarn die ursprüngliche Ausprägung des *regime divide* als schwach bewertet, so dass bereits 1994 die erste Koalition über den *regime divide* hinweg gebildet werden konnte. Auch im Untersuchungszeitraum 2000-2011 wurden weiterhin Koalitionen über den *regime divide* hinweg gebildet. Obgleich der Konfliktlinie Postkommunismus/Antikommunismus weiterhin eine große Bedeutung zugemessen wird (Dieringer 2006: 151; Szabó/Lux 2011: 133), kann dem *regime divide* in Ungarn kein unmittelbarer Einfluss auf die Regierungsbildung zugeschrieben werden (vgl. Tabelle 14 und 15).

Legislaturperiode	Regierungskoalition	Alternative Koalition über <i>regime divide</i> , die folgende Kriterien erfüllt:			<i>Regime divide</i> relevant
		Programmatische Nähe	Mehrheit (% der Mandate)	Asymmetrie	
2010-	FIDESZ, KDNP	Nicht relevant	Nein	Nicht relevant	Nein

Tabelle 14: Regierungskoalitionen entlang des *regime divide* in Ungarn 2002-2011 (Eigene Darstellung)

Legislaturperiode	Parteien	Electoral punishment	Isolierung durch andere Parteien	Policy pressures	Verteilung Ressorts	<i>Regime divide</i> relevant
2002-2006	MSZP, SZDSZ	Nein	ohne Bedeutung	Nein	Überrepräsentation SZDSZ	Nein
2006-2010	MSZP, SZDSZ	Nein	Nein	Nein	Überrepräsentation SZDSZ	Nein

Tabelle 15: Regierungskoalitionen über den *regime divide* hinweg in Ungarn 2002-2011 (Eigene Darstellung)

Zum Verständnis der Koalitionsbildung in Ungarn ist ein Blick auf das dort geltende Wahlrecht nötig, das gut 46% der Sitze nach dem absoluten Mehrheitswahlrecht vergibt, während die weiteren Abgeordneten über teilweise kompensierende Regional- und Landeslisten ermittelt werden.<sup>41</sup> Auch wenn die Mandate, die nach dem Verhältniswahlrecht vergeben werden, eine vollständige Bipolarität des Parteiensystems verhindern, so sorgt die große Anzahl der Direktmandate dafür, dass die kleinen Parteien sich um die zwei dominanten Pole gruppieren (Nikolenyi 2004b: 170). So entwickelte sich aus der ursprünglichen Dreiteilung in linke (MSZP), rechte (MDF, KDNP, FKGP) und liberale Parteien (SZDSZ, FIDESZ) die ungarische Parteienlandschaft nach 1994 zu einem stark polarisierten Parteiensystem mit der postkommunistischen MSZP und dem konservativen FIDESZ als dominierende Kräfte (Enyedi 2006: 197).<sup>42</sup> Versuche, wie der des SZDSZ, sich um die Jahrtau-

<sup>41</sup> Für eine detailliertere Darstellung siehe Szabó/Lux 2011: 132.

<sup>42</sup> Der politische Wettbewerb orientiert sich dabei nicht an der klassischen sozio-ökonomischen Links-Rechts-Einteilung (Kitschelt et al. 1999; 235ff), sondern wird vor allem von einem weltanschaulichen Konflikt zwischen einem säkular-liberal-postkommunistischen und einem religiös-national-antikommunistischen Lager bestimmt (Tóka 2004: 322; Casal Bértoa 2012: 14).

sendwende als eigenständige, dritte Kraft zu etablieren (Ilonszki/Kurtán 2002: 972), blieben aufgrund des Wahlrechts erfolglos.

Die Koalitionsbildungsprozesse werden durch den Einfluss des Mehrheitswahlrechts zu einem großen Teil vorweggenommen. Dieses bietet Anreize, über Allianzen oder Absprachen im Vorfeld der Wahlen bzw. nach dem ersten Wahlgang den eigenen Mandatsanteil zu erhöhen (vgl. Strøm et al. 1994: 316). Diese Vorwegnahme von Koalitionsverhandlungen ist gleichzeitig eine der Ursachen für die Vielzahl an übergroßen Koalitionen (Kropp 2008: 536), die u.a. 1990, 1998 und 2010 gebildet wurden.

Die in der Legislaturperiode 2002-2006 gebildete Neuauflage der Koalition von 1994 aus der postkommunistischen MSZP und dem liberalen SZDSZ, der seine Wurzeln in der Oppositionsbewegung hatte, kann als endgültige Überwindung des *regime divide* in Ungarn betrachtet werden. Neben den Regierungsparteien MSZP und SZDSZ gelang nur noch dem Wahlbündnis aus FIDESZ und MDF, welches 48,7% der Mandate erreichte, der Einzug ins Parlament. Die MSZP und den SZDSZ einte neben ähnlichen Programmatiken (Racz 2003: 784) die Ablehnung des Regierungsstils der FIDESZ-Regierung sowie der polarisierende Wahlkampf, so dass Bozóki zu dem Schluss kommt:

„Never before had the two victorious parties been so close spiritually and emotionally, despite their contrary origins: MSZP, the legal successor of the former Communist Party, and the liberal SZDSZ, one of the parties that can be traced back to the underground opposition of communist times.” (Bozóki 2008: 209)

Eine nähere Betrachtung zeigt, dass dem *regime divide* bei dieser Legislaturperiode keine Wirkungskraft mehr zukommt. Gemäß der Theorie des *regime divide* wäre bei den Wahlen 2006 ein Stimmenverlust des SZDSZ zu erwarten gewesen. Entgegen dieser Erwartung konnte der SZDSZ aber sein Ergebnis um 16,1% steigern und damit stärker von der Regierungszeit profitieren als der Koalitionspartner MSZP, der im Vergleich zu 2002 nur 2,9% zulegte. Dies wäre nach Grzymala-Busse (2001: 100) bereits der hinreichende Beleg für die erfolgreiche Überwindung des *regime divide*, da die Wähler des SZDSZ die gebildete Koalition nicht mehr sanktionierten.

Die Weigerung des FIDESZ 2002 mit dem SZDSZ zu kooperieren, die letztendlich den eigenen Wahlsieg verhinderte (Bozóki 2008: 216), kann nicht als parteipolitische Isolation bewertet werden, da eine Kooperation auch von Seiten des SZDSZ undenkbar war (Nikolenyi 2004b: 1050). Ursache hierfür war das gemeinsame Wahlbündnis von FIDESZ mit dem konservativen MDF, einer Partei die sich trotz gemeinsamer Herkunft zunehmend vom liberalen SZSDZ entfremdet hatte (Nikolenyi 2004a: 164).

Auch die überproportionale Bevorzugung des SZDSZ bei der Verteilung der Ministerposten (vgl. Tabelle 16) kann nicht als ausreichender Beleg für den Fortbestand des *regime divide* gedeutet werden. Durch die eigene Wahlliste verschaffte sich der SZDSZ eine gute Verhandlungsposition gegenüber der MSZP, die im Gegensatz zu 1994 auf deren Stimmen angewiesen war und konnte dadurch deutlich mehr Ministerposten beanspruchen, als ihm rein rechnerisch zugestanden hätten (Nikolenyi 2004c: 1050; Ilonszki/Kurtán 2003: 972). Nachdem des Weiteren keine politische Ausnahmesituation identifizierbar ist, sprechen alle Indikatoren gegen den Fortbestand des *regime divide*.

Die Parlamentswahlen 2006, in denen eine zunehmend stärkere Bipolarität des politischen Wettbewerbs sichtbar wurde (Ilonszki/Kurtán 2007: 970), bestätigten die bisherige Regierungskoalition im Amt. Diese konnte, wie oben aufgezeigt, ihre ursprünglich knappe Mehrheit gegenüber der Opposition leicht ausbauen, wobei sie auch von der Unbeliebtheit des Oppositionschefs Orban profitierte (Oltay 2006: 476). Jedoch zerbrach die Regierungskoalition 2008 an einem von der Opposition initiierten Referendum über die Gesundheitsreform. Die Entlassung des liberalen Gesundheitsministers war Anlass für den Rückzug der SZDSZ aus der Regierungskoalition. Dennoch stützte die SZDSZ die darauffolgende Minderheitsregierung der MSZP, da die Partei angesichts schlechter Umfragewerte kein Interesse an vorgezogenen Neuwahlen haben konnte (Ilonszki/Kurtán 2009: 976). Auch der Austausch des Premierministers 2009, der zu seiner Ernennung ein Vertrauensvotum des Parlaments benötigte, gelang mit Hilfe der Stimmen des SZDSZ (Várnagy 2010: 1003).

Somit ist für die Legislaturperiode 2006-2010 kein Einfluss des *regime divide* erkennbar. Auf den ersten Blick ließe sich der Absturz des SZDSZ bei den Parlamentswahlen 2010 als *electoral punishment* verstehen. Der SZDSZ erreichte mit einer gemeinsamen Liste mit seinem früheren Erzfeind MDF gerade einmal 2,2% der Stimmen. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass vor allem die Korruptionsaffären während der Regierungszeit und fortwährende interne Streitigkeiten dafür verantwortlich gemacht wurden, dass viele Wähler des SZDSZ 2010 zur neugegründeten LMP abwanderten (Kiszelly 2011: 170). Diese trat damit die Nachfolge des SZDSZ als Bürgerrechtspartei an (Lang 2010: 5). Zudem war die Kooperation mit dem SZDSZ auch von Seiten des MDF umstritten (Szábo/Lux 2011: 137), so dass auch hier nach Ursachen für das schlechte Wahlergebnis zu suchen ist. Gleichzeitig widerlegt die Kooperation von MDF und SZDSZ auch die These von einer parteipolitischen Isolierung des SZDSZ. Die Verteilung der Ministerposten scheint dabei der Logik der vorausgegangenen Legislaturperiode zu folgen, so dass der SZDSZ in seiner Rolle als Mehrheitsbeschaffer erneut eine überproportional hohe Anzahl an Ministerposten

erhielt (vgl. Tabelle 16). Auch für diese Legislaturperiode sprechen damit alle Indikatoren gegen den Fortbestand des *regime divide*, zumal keine politische Ausnahmesituation auszumachen ist.

	Anteil MSZP an der Regierungskoalition in %	Anteil MSZP an Ministerien in %	Anteil SZDSZ an der Regierungskoalition in %	Anteil SZDSZ an Ministerien in %
2002	89,9%	73,3%	10,1%	26,7%
2006	90,5%	76,9%	9,5%	23,1 %

*Tabelle 16: Anteil an Regierungskoalition und Verteilung der Ministerposten für die MSZP-SZDSZ-Koalitionen 2002 und 2006 (Eigene Darstellung und Berechnung auf Basis von Ilonszki/Kurtán 2003: 969; Ilonszki/Kurtán 2007: 968):*

Für die Regierungsbildung infolge der Parlamentswahlen 2010 kann erneut kein Einfluss des *regime divide* festgestellt werden. Deutlicher Wahlsieger wurde das Wahlbündnis aus FIDESZ und KDNP, das insgesamt 52,7% der Stimmen bzw. 68,1% der Abgeordnetenmandate erreichte. Angesichts dieser übergroßen Mehrheit waren keine weiteren Parteien zur Regierungsbildung nötig. Der Einzug in das Parlament gelang des Weiteren noch der MSZP, die bei den Wahlen massiv verlor und nur noch 20% der Stimmen erreichte, der rechtsradikalen Jobbik-MIÉP-Partei und der neugegründeten LMP.

Insgesamt kann damit für Ungarn keine Bedeutung des *regime divide* auf die Bildung von Koalitionsregierungen festgestellt werden. So wurden wiederholt Koalitionen über den *regime divide* hinweg gebildet, ohne dass diese von den Wählern sanktioniert wurden. Es bildeten sich schnell stabile und ideologisch kohärente Koalitionsmuster heraus, mit denen sich Ungarn von vielen seiner Nachbarn, die nur über schwach institutionalisierte Parteiensysteme mit „innovativer Regierungsbildung“ verfügen, unterscheidet (Toole 2000: 456; Enyedi 2006: 197; allgemeiner: Mair 1997; 2002). Die insbesondere im neuen Jahrtausend gestiegene Bedeutung der Konfliktlinie Postkommunismus/Antikommunismus (Kiszelly 2008: 126), lässt sich auf die strategische Instrumentalisierung des FIDESZ zurückführen (Enyedi 2005; vgl. auch Palonen 2009), der dadurch seine Führungsposition im rechten Lager etablieren konnte (Fowler 2003: 801).

## 4 Diskussion und Fazit

Die Forschungsfrage dieser Arbeit ist, **ob** der *regime divide* im Zeitraum von 2000-2011 noch eine Rolle für die Bildung von Regierungskoalitionen in Ostmittel- und Osteuropa spielt. Wie im Rahmen der Untersuchungen des vorherigen Kapitels deutlich wurde, gestaltet sich der Einfluss des *regime divide* auf die Koalitionsbildungsprozesse in den vier Visegrád-Staaten im Untersuchungszeitraum 2000-2011 deutlich differenzierter, als dies in den 1990ern der Fall war. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Einzelfallstudien zusammengeführt und diskutiert. Nach der abschließenden Bewertung in Hinblick auf die Forschungsfrage wird auf Fragestellungen hingewiesen, die sich aus dieser Arbeit ergeben und Potential für zukünftige Untersuchungen bieten.

Führt man die Ergebnisse der einzelnen Länder gemäß dem in Kapitel 2.3 entwickelten Schemata zusammen, so lässt sich erkennen, dass insgesamt 22 der 28 Regierungskoalitionen entlang des *regime divide* gebildet wurden. Die genauere Betrachtung zeigt allerdings, dass davon nur in einem Drittel der Fälle der *regime divide* die treibende Kraft bei der Koalitionsbildung war.<sup>43</sup> Bei fast doppelt so vielen Koalitionen konnte dagegen dem *regime divide* keine Bedeutung zugemessen werden. Hauptursachen hierfür waren die Mehrheitsverhältnisse sowie die Bildung von Regierungskoalitionen, die auch unter *policy*-Aspekten die optimale Wahl darstellten. Hinzu kamen Minderheitsregierungen nach Koalitionsbrüchen oder erfolglosen Koalitionsverhandlungen.

Im Gegensatz dazu wurden nur sechs Regierungskoalitionen über den *regime divide* hinweg gebildet.<sup>44</sup> Während dabei in nur einem Fall (PL11) noch Anhaltspunkte für den Fortbestand des *regime divide* festgestellt werden konnten, ließ sich bei den verbleibenden fünf Regierungskoalitionen (SVK3; PL12; HUN1-3) keine Bedeutung des *regime divide* mehr ermitteln. Abbildung 2 gibt einen Überblick über die Ergebnisse der Untersuchung.

Damit konnte nur noch in knapp einem Drittel aller Fälle (32,1%; Y1+Y3) ein Einfluss des *regime divide* festgestellt werden, während bei zwei Dritteln der Fälle (67,9%; Y2+Y4) andere Erklärungen für die gebildete Koalition relevant sind. Die Ergebnisse der einzelnen Länder weisen jedoch große Unterschiede auf (vgl. Tabelle 17). So konnte für die Slowakei, bei der nur eine der vier Regierungskoalitionen von Parteien mit unterschiedlicher Herkunft gebildet wurde, kein Einfluss des *regime divide* auf die Koalitionsbildung

---

<sup>43</sup> Für die genaue Zuordnung der einzelnen Regierungen siehe Anhang 1, S.50ff.

<sup>44</sup> In keinem der Fälle, in denen eine Koalition über den *regime divide* hinweg gebildet wurden, waren neu gegründete Parteien, die keine Wurzeln in einem der beiden „Lager“ haben, beteiligt. Dies bestätigt die Zuordnung der völligen Neugründungen zum ehemaligen Oppositionslager, die in Kapitel 2.3 vorgenommen wurde.



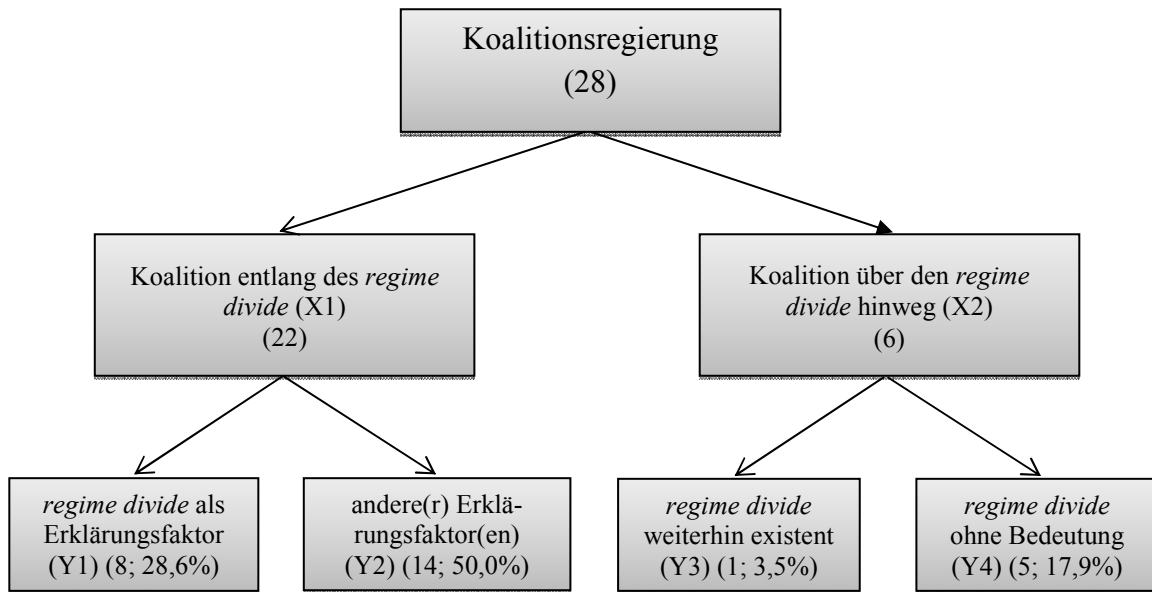


Abbildung 2: Einfluss des regime divide auf die Koalitionsbildung in den Visegrád-Staaten 2000-2011 (Eigene Darstellung und Berechnungen, vgl. Anhang 1, S. 50ff)

festgestellt werden. Zu diesem Ergebnis kam die Untersuchung auch für Ungarn, wo der *regime divide* in der Hälfte aller Fälle im Untersuchungszeitraum überwunden wurde. Im Gegensatz dazu verfügt die Theorie des *regime divide* für die Tschechische Republik und Polen weiterhin über eine nennenswerte Erklärungskraft. So kann in der Tschechischen Republik bei fünf der sechs gebildeten Regierungskoalitionen nach 2000 der *regime divide* als Erklärungsursache ausgemacht werden. Nur in einem Fall ist dem *regime divide* kein Einfluss mehr zuzuschreiben, da die tatsächlich gebildete Regierungskoalition auch aus inhaltlichen Aspekten die optimale Wahl darstellte. Für Polen war die Theorie des *regime divide* insbesondere bis 2005 Haupterklärungsfaktor für die Koalitionsbildung. Die Vielzahl der Regierungen in der Legislaturperiode 2005-2007 als Methodenartefakt sowie die unterschiedlichen Koalitionspotentiale der beiden Parteien mit Wurzeln im ehemaligen Regime-Lager reduzieren in der Folge die Erklärungs- und Prognosekraft der Theorie.

Land	Ausprägung des <i>regime divide</i> (1990-2000)	Erklärungskraft des <i>regime divide</i> (2000-2012)	Anteil der erklärten Regierungskoalitionen	X1		X2		Anzahl Regierungen
				Y1	Y2	Y3	Y4	
Polen	Stark	Begrenzt	33,3%	3	7	1	1	12
Tschechische Republik	Stark	Stark	83,3%	5	1	0	0	6
Slowakei	Schwach	Nicht existent	0%	0	3	0	1	4
Ungarn	Schwach	Nicht existent	0%	0	3	0	3	6

Tabelle 17: Reale Erklärungskraft des regime divide 2000-2011 (Eigene Darstellung und Berechnungen, vgl. Anhang 1, S. 50ff).

Alle neun Fälle, in denen dem *regime divide* noch eine Bedeutung zugeschrieben werden kann, finden sich damit in Polen und der Tschechischen Republik, während kein einziger Fall auf die Slowakei oder Ungarn zurückzuführen ist. Somit kann festgehalten werden, dass die Theorie des *regime divide* in Bezug auf die untersuchten Länder keine allgemeingültige Erklärungskraft mehr für die Bildung von Koalitionsregierungen besitzt. Jedoch kann sie in Abhängigkeit vom zu betrachtenden Land weiterhin einen hilfreichen Erklärungsansatz darstellen, um die spezifischen Muster der Koalitionsbildung besser zu verstehen.

Damit konnte die Vermutung bestätigt werden, dass der *regime divide* allgemein an Bedeutung verloren hat (Kropp 2008: 526). Des Weiteren zeigen die Ergebnisse, dass der *regime divide* insbesondere in den Ländern, die eine ursprünglich starke Ausprägung desselben aufwiesen (Polen, Tschechische Republik), im Untersuchungszeitraum von Bedeutung war.

Jedoch sind auch in diesen Ländern Abschwächungseffekte erkennbar. So betonen Kopeček/Pšeja (2008: 335f) für die Tschechische Republik eine zunehmende Pragmatisierung des ursprünglich belasteten Verhältnisses der ČSSD gegenüber der KSČM. Während auf nationaler Ebene noch keine formale Kooperation möglich erscheint, koalieren diese beiden Parteien auf regionaler Ebene seit den Regionalwahlen 2008 (Stegmaier/Vlachová 2009: 804; Lach et al. 2010: 383). Dies zeigt Parallelen zum Fall der polnischen PSL, die vor ihrer Regierungsbeteiligung 2007 mit der PO ebenfalls erst auf regionaler Ebene zusammenarbeitete (Szczerbiak 2008: 433). In Polen könnte sich die postkommunistische SLD in Zukunft über die angedachte Kooperation mit der „neuen Linken“ RP (Flis 2012: 6) aus ihrer Randstellung befreien.

Nachdem bewusst besonders aussagekräftige Länder in Bezug auf den *regime divide* ausgewählt wurden, stellt sich die Frage nach der Übertragbarkeit der Ergebnisse auf die übrigen postkommunistischen Länder. Druckman/Roberts (2007) und Tzelgov (2011) konnten für den Zeitraum 1990-2003 zeigen, dass der *regime divide* auch in Ländern relevant war, in denen überlagernde bzw. abschwächende Faktoren identifiziert wurden (vgl. Kapitel 2.4). Angesichts des Befunds, dass der *regime divide* vor allem in jenen Ländern Bestand hatte, die ursprünglich eine stärkere Ausprägung desselben aufwiesen, wäre zu erwarten, dass sich in den weiteren postkommunistischen Ländern nur noch ein geringer bzw. gar kein Einfluss des *regime divide* feststellen lässt. Zur Überprüfung dieser These sind allerdings weitere Untersuchungen nötig.

Die Ergebnisse dieser Arbeit werfen zusätzlich die Frage auf, warum der *regime divide* auch noch nach 20 Jahren in einigen Ländern dominierender Erklärungsfaktor für die Koalitionsbildung ist, während er in anderen Ländern keine Rolle mehr zu spielen scheint. Als möglicher Ausgangspunkt bietet es sich dabei an, den Wirkungszusammenhang von ursprünglicher Ausprägung des *regime divide*, der heutigen Bedeutung des *regime divide* und der Loslösung der Parteien aus dem ehemaligen Regime-Lager von ihrer Vergangenheit zu untersuchen. Darauf deutet die Position der postkommunistischen Parteien in der Slowakei<sup>45</sup> und Ungarn<sup>46</sup> hin, die deutlich geringere Kontinuitäten als die polnische SLD<sup>47</sup> und die tschechische KSČM<sup>48</sup> in Bezug auf ihre Vorgänger aufweisen. Ist dieser Befund Ursache dafür, dass der *regime divide* in Ungarn und der Slowakei keine zentrale Rolle mehr spielt, oder vielmehr dessen Folge? Im Sinne des Letzteren weist Grzymala-Busse darauf hin (2006: 428), dass der *regime divide* eine Diffusion der ehemaligen kommunistischen Parteimitglieder in andere Parteien erschwerte und so einen strukturierenden Effekt auf den Parteienwettbewerb hatte. Diese Fragestellung zeigt damit weitere Forschungsperspektiven auf.

---

<sup>45</sup> Rybár/Deegan-Krause betonen, dass in der Slowakei keine unmittelbare postkommunistische Nachfolgepartei mehr existent sei (2008: 503). Auch Lang stellt fest, dass die SMER-SD nur noch „postkommunistisch im weiteren Sinne“ sei (Lang 2009: 17), vgl. hierzu auch die Ausführungen in Kapitel 3.2.3.

<sup>46</sup> So weist die MSZP eine außerordentlich geringe Kontinuität bei der Mitgliedschaft in Bezug auf die Zeit vor 1989 auf (Grzymala-Busse 2002: 137). Aufgrund der veränderten Wählerbasis 1994 sowie dem echten Generationenwechsel in der Führungsspitze der Partei wertet Lang die MSZP als „post-postkommunistisch“ (Lang 2009: 328f).

<sup>47</sup> Nach Lang ist die SLD „auch noch knapp zwei Jahrzehnte nach der Gründung [...] noch stark im exkommunistischen Milieu verwurzelt“ (Lang 2009: 329).

<sup>48</sup> Diese hat sich auch 20 Jahre nach dem Systemwechsel noch nicht grundlegend reformiert (Stegmair/Vlachova 2009: 800) und weist eine deutlich überalterte Wählerschaft auf (Lach et al. 2010: 378).

## Literaturverzeichnis

- Ágh, Attila (1998): *The politics of Central Europe*. London: SAGE.
- Antoszewski, Andrzej (2010): *Parties and party systems in the EU member states at the turn of the 20th and 21st centuries*. Toruń: Wydawnictwo Adam Marszałek.
- Armingeon, Klaus; Careja, Romana; Engler, Sarah; Gerber, Marlène; Leimgruber, Philipp; Potolidis, Panajotis (2011): *Comparative Political Data Set III 1990-2009*. Institute of Political Science, University of Berne. Online verfügbar unter [http://www.ipw.unibe.ch/content/team/klaus\\_armingeon/comparative\\_political\\_data\\_sets/index\\_ger.html](http://www.ipw.unibe.ch/content/team/klaus_armingeon/comparative_political_data_sets/index_ger.html), zuletzt aktualisiert am 06.02.2012, zuletzt geprüft am 13.04.2012.
- Axelrod, Robert (1976): *A Coalition Theory Based on Conflict of Interest*. In: William M. Evan (Hg.): *Inter-organizational relations. Selected readings*. Harmondsworth: Penguin, S. 44–54.
- Bader, Katarina; Zapart, Tomasz (2011): *Die Bürgerplattform. Von der Bürgerbewegung zur Mitgliederpartei*. In: *Osteuropa* 61 (5–6), S. 259–278.
- Bakke, Elisabeth; Sitter, Nick (2005): *Patterns of stability. Party Competition and Strategy in Central Europe since 1989*. In: *Party Politics* 11 (2), S. 243–263.
- Beblavý, Miroslav; Veselkova, Marcela (2012): *Preferential voting and the party-electorate relationship in Slovakia*. In: *Party Politics*. Published online before print April 9, 2012. Online verfügbar unter <http://ppq.sagepub.com/content/early/2012/04/04/1354068811436055.full.pdf+html>.
- Bergman, Torbjörn; Ersson, Svante (2009): *Coalition Politics and Institutions: Paper prepared for workshop No. 8 "Party Government and Parliamentary Democracy in the new Europe"*. ECPR Joint Sessions. Lissabon, 14.-19. April, 2009.
- Bingen, Dieter (2008): *Polen: Wie ein labiles Parteiensystem zu einer Stabilisierung der Demokratie beiträgt*. In: Ellen Bos und Dieter Segert (Hg.): *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts*. Opladen: Barbara Budrich, S. 77–90.
- Blondel, Jean; Müller-Rommel, Ferdinand (2001): *Cabinets in Eastern Europe*. New York: Palgrave.
- Bos, Ellen; Segert, Dieter (2008): *Parteiensysteme in repräsentativen Demokratien unter mehrfachem Druck*. In: Ellen Bos und Dieter Segert (Hg.): *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts*. Opladen: Barbara Budrich, S. 323–336.
- Bozóki, András (2008): *Consolidation or Second Revolution? The Emergence of the New Right in Hungary*. In: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 24 (2), S. 191–231.
- Budge, Ian; Laver, Michael J. (1992): *Coalition Theory, Government Policy and Party Policy*. In: Michael J. Laver und Ian Budge (Hg.): *Party policy and government coalitions*. New York: St. Martin's Press, S. 1–14.
- Budge, Ian; Laver, Michael (1993): *The Policy Basis of Government Coalitions: A Comparative Investigation*. In: *British Journal of Political Science* 23 (04), S. 499–519.
- Bútorová, Zora; Gyárfášová, Oľga; Krivý, Vladimír; Velšic, Marián (2006): *Slovakia Before the 2006 Election. Citizens' view*. Hg. v. Institute for Public Affairs. Online verfügbar unter [http://www.ivo.sk/buxus/docs/vvyskum/subor/Slovakia\\_before\\_the\\_2006\\_election.pdf](http://www.ivo.sk/buxus/docs/vvyskum/subor/Slovakia_before_the_2006_election.pdf), zuletzt geprüft am 04.06.2012.
- Casal Bértoa, Fernando (2012): *Party systems and cleavage structures revisited: A sociological explanation of party system institutionalization in East Central Europe*. In: *Party Politics*. Published online before print February 14, 2012. Online verfügbar unter <http://ppq.sagepub.com/content/early/2012/02/13/1354068811436042.full.pdf+html>, zuletzt geprüft am 20.05.2012.
- Chwedoruk, Rafał (2004): *Socjaliści z Solidarności w latach 1989-1993*. Warszawa: Wydawnictwo Sejmowe.
- Clark, Terry D.; Pranevičiūtė, Jovita (2008): *Perspectives on communist successor parties: The case of Lithuania*. In: *Communist and Post-Communist Studies* 41 (4), S. 443–464.
- Conrad, Courtenay Ryals; Golder, Sona N. (2010): *Measuring government duration and stability in Central Eastern Democracies*. In: *European Journal of Political Research* 49 (1), S. 119–150.
- Cybulska, Agnieszka (2007): *Siła preferencji politycznych, alternatywy wyborcze i elektoraty negatywne*. Centrum Badań Opinii Społecznej (CBOS). Warszawa (Kommunikat z badań, BS/149/2007). Online verfügbar unter [http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2007/K\\_149\\_07.PDF](http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2007/K_149_07.PDF), zuletzt geprüft am 13.06.2012.

- Cybulska, Agnieszka; Pankowski, Krzysztof (2011): Oczekiwanie i motywacje wyborcze Polaków. Centrum Badań Opinii Społecznej (CBOS). Warschau (Kommunikat z badań, BS/87/2011). Online verfügbar unter [http://cbos.pl/SPISKOM.POL/2011/K\\_087\\_11.PDF](http://cbos.pl/SPISKOM.POL/2011/K_087_11.PDF), zuletzt geprüft am 27.06.2012.
- Deegan-Krause, Kevin (2003): Slovakia's Second Transition. In: *Journal of Democracy* 14 (2), S. 65–79.
- Deegan-Krause, Kevin (2006): Elected affinities. Democracy and party competition in Slovakia and the Czech Republic. Stanford: Stanford University Press.
- de Swaan, A. (1985): Coalition theory and multi-party systems. In: Henk A.M. Wilke (Hg.): *Coalition Formation*. Amsterdam: North-Holland, S. 229–260.
- Dieringer, Jürgen (2006): Die ungarischen Parlamentswahlen vom 9./23. April 2006. In: *Südosteuropa. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft* 54 (2), S. 147–163.
- Döring, Holger; Manow, Philip (2011): Parliament and government composition database (ParlGov): An infrastructure for empirical information on parties, elections and governments in modern democracies (Version 11/07). Online verfügbar unter <http://parlgov.org/stable/data.html>, zuletzt aktualisiert am 26.07.2011, zuletzt geprüft am 10.06.2012.
- Druckman, James N.; Roberts, Andrew (2005): Context and Coalition-Bargaining. Comparing Portfolio Allocation in Eastern and Western Europe. In: *Party Politics* 11 (5), S. 535–555.
- Druckman, James N.; Roberts, Andrew (2007): Communist successor parties and coalition formation in Eastern Europe. In: *Legislative Studies Quarterly* 35 (2), S. 5–31.
- Egedy, Gergely (2009): Political Conservatism in Post-Communist Hungary. In: *Problems of Post-Communism* 56 (3), S. 42–53.
- Elster, Jon; Offe, Claus; Preuß, Ulrich K. (1998): Institutional design in post-communist societies. Rebuilding the ship at sea. Cambridge: Cambridge University Press.
- Enyedi, Zsolt (2005): The role of agency in cleavage formation. In: *European Journal of Political Research* 44 (5), S. 697–720.
- Enyedi, Zsolt (2006): The Survival of the Fittest: Party System Concentration in Hungary. In: Susanne Jungerstam-Mulders (Hg.): *Post-communist EU member states*. Aldershot: Ashgate, S. 177–202.
- Evans, Geoffrey; Whitefield, Stephen (1998): The Evolution of Left and Right in Post-Soviet Russia. In: *Europe-Asia Studies* 50 (6), S. 1023–1042.
- Flis, Jarosław (2011): Stabilitätstest. Die polnischen Parteien und ihre Wählerschaft. In: *Osteuropa* 61 (5-6), S. 279–294.
- Flis, Jarosław (2012): Die Palikot-Bewegung. Hg. v. Deutsches Polen-Institut Darmstadt, Bremer Forschungsstelle Osteuropa und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (Polen-Analysen, 108). Online verfügbar unter <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen108.pdf>, zuletzt geprüft am 22.06.2012.
- Fowler, Brigid (2003): The Parliamentary Elections in Hungary, April 2002. In: *Electoral Studies* 22 (4), S. 799–807.
- Gamson, William (1961): A Theory of Coalition Formation. In: *American Sociological Review* 26 (3), S. 373–382.
- Grabowska, Mirosława (2004): Podział postkomunistyczny. Społeczne podstawy polityki w Polsce po 1989 roku. Warszawa: Wydawnictwo Naukowe Scholar.
- Grotz, Florian (2007): Stabile Regierungsbündnisse. Determinanten der Koalitionspolitik in Ostmitteleuropa. In: *Osteuropa* 57 (4), S. 109–122.
- Grotz, Florian; Weber, Till (2011): Regierungskoalitionen: Bildung und Dauerhaftigkeit. In: Florian Grotz und Ferdinand Müller-Rommel (Hg.): *Regierungssysteme in Mittel- und Osteuropa. Die neuen EU-Staaten im Vergleich*. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 194–216.
- Grzymala-Busse, Anna (2001): Coalition Formation and the Regime Divide in New Democracies: East Central Europe. In: *Comparative Politics* 34 (1), S. 85–104.
- Grzymala-Busse, Anna (2002): The regeneration of communist successor parties. Redeeming the past in East Central Europe after 1989. Cambridge: Cambridge University Press.
- Grzymala-Busse, Anna (2006): Authoritarian Determinants of Democratic Party Competition: The Communist Successor Parties in East Central Europe. In: *Party Politics* 12 (3), S. 415–437.

- Gwiazda, Anna (2008): The parliamentary election in Poland, October 2007. In: *Electoral Studies* 27 (4), S. 760–764.
- Gyarfášová, Olga (2008): National populism in Slovakia: political attitudes and views of the public. In: Institute for Public Affairs (Hg.): *National Populism in Slovakia*. Bratislava (Working Papers), S. 35–50.
- Gyarfášová, Olga (2010): Signal der Mäßigung. Die Parlamentswahlen in der Slowakei 2010. In: *Osteuropa* 60 (8), S. 61–69.
- Hanley, Seán (2004): Blue Velvet: The rise and decline of the new Czech right. In: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 20 (3), S. 28–54.
- Haughton, Tim (2004): Explaining the Limited Success of the Communist-Successor Left in Slovakia: The Case of the Party of the Democratic Left (SDL'). In: *Party Politics* 10 (2), S. 177–191.
- Haughton, Tim; Novotná, Tereza; Deegan-Krause, Kevin (2011): The 2010 Czech and Slovak Parliamentary Elections: Red Cards to the 'Winners'. In: *West European Politics* 34 (2), S. 394–402.
- Haughton, Tim; Rybář, Marek (2008): A Change of Direction: The 2006 Parliamentary Elections and Party Politics in Slovakia. In: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 24 (2), S. 232–255.
- Hermann, Marcin (2011): Dynamika poparcia dla sojuszu lewicy demokratycznej w latach 1997-2011. Centrum Badań Opinii Społecznej (CBOS). Warschau (Kommunikat z badań, BS/117/2011). Online verfügbar unter [http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2011/K\\_117\\_11.PDF](http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2011/K_117_11.PDF), zuletzt geprüft am 11.06.2012.
- Hloušek, Vít; Kopeček, Lubomír (2008): Cleavages in the Contemporary Czech and Slovak Politics Between Persistence and Change. In: *East European Politics & Societies* 22 (3), S. 518–552.
- Hloušek, Vít; Kopeček, Lubomír (2010): Origin, ideology and transformation of political parties. East-Central and Western Europe compared. Burlington, VT: Ashgate.
- Hug, Simon (2001): Altering party systems. Strategic behavior and the emergence of new political parties in Western democracies. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Iłonszki, Gabriella; Kurtán, Sándor (2002): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 41 (7-8), S. 968–974.
- Iłonszki, Gabriella; Kurtán, Sandor (2003): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 42 (7-8), S. 967–974.
- Iłonszki, Gabriella; Kurtán, Sándor (2007): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 46 (7-8), S. 966–973.
- Iłonszki, Gabriella; Kurtán, Sándor (2009): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 48 (7-8), S. 973–979.
- Jasiewicz, Krzysztof; Jasiewicz-Betkiewicz, Agnieszka (2002): Poland. In: *European Journal of Political Research* 41 (7-8), S. 1057–1067.
- Jasiewicz, Krzysztof; Jasiewicz-Betkiewicz, Agnieszka (2006): Poland. In: *European Journal of Political Research* 45 (7-8), S. 1231–1246.
- Jasiewicz, Krzysztof; Jasiewicz-Betkiewicz, Agnieszka (2008): Poland. In: *European Journal of Political Research* 47 (7-8), S. 1096–1107.
- Jednaka, Wiesława (2004): Gabinet koalicyjny w III RP. Wrocław: Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego.
- Kiszelly, Zoltán (2008): Ungarn: Auf dem Weg ins Kartellparteiensystem? In: Ellen Bos und Dieter Segert (Hg.): *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts*. Opladen: Barbara Budrich, S. 121–132.
- Kiszelly, Zoltán (2011): Laboratorium der Politik. Ungarns Parteien und ihre Wähler. In: *Osteuropa* 61 (12), S. 167–175.
- Kitschelt, Herbert (2001): Divergent Paths of Postcommunist Democracies. In: Larry Jay Diamond und Richard Gunther (Hg.): *Political parties and democracy*. Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press, S. 299–326.
- Kitschelt, Herbert; Mansfeldova Zdenka; Markowski, Radoslaw; Tóka, Gabor (1999): Post-communist party systems. Competition, representation, and inter-party cooperation. Cambridge: Cambridge University Press.
- Klingemann, Hans-Dieter; Bara, Judith; Budge, Ian; McDonald, Michael; Volkens, Andrea (2006): Mapping policy preferences II. Estimates for parties, electors, and governments in Eastern Europe, European Union, and OECD 1990-2003. Oxford, New York: Oxford University Press.

- Kopeček, Lubomír; Pšeja, Pavel (2008): Czech Social Democracy and its “cohabitation” with the Communist Party: The story of a neglected affair. In: *Communist and Post-Communist Studies* 41 (3), S. 317–338.
- Körösényi, András; Fodor, Gábor G.; Dieringer, Jürgen (2010): Das politische System Ungarns. In: Wolfgang Ismayr (Hg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*. 3. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwissenschaften, S. 357–417.
- Kraus, Michael (2003): The Czech Republic’s First Decade. In: *Journal of Democracy* 14 (2), S. 50–64.
- Kropp, Sabine (2008): Koalitionsregierungen. In: Oscar W. Gabriel und Sabine Kropp (Hg.): *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 514–549.
- Kropp, Sabine; Schüttemeyer, Suzanne; Sturm, Roland (2002): Koalitionen in West- und Osteuropa. Theoretische Überlegungen und Systematisierung des Vergleichs. In: Sabine Kropp, Suzanne Schüttemeyer und Roland Sturm (Hg.): *Koalitionen in West- und Osteuropa*. Opladen: Leske + Budrich, S. 7–41.
- Kropp, Sabine; Sturm, Roland (1998): *Koalitionen und Koalitionsvereinbarungen. Theorie, Analyse und Dokumentation*. Opladen: Leske + Budrich.
- Lach, Jiri; LaPlant, James; Peterson, Jim; Hill, David (2010): The Party Isn’t Over: An Analysis of the Communist Party in the Czech Republic. In: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 26 (3), S. 363–388.
- Lang, Kai-Olaf (2006): Die slowakischen Parlamentswahlen und die Folgen. Linksnationale Politik zwischen sozialer Korrektur und europäischer Randständigkeit. In: *Südosteuropa* 54 (3), S. 322–328.
- Lang, Kai-Olaf (2009): *Postkommunistische Nachfolgeparteien im östlichen Mitteleuropa. Erfolgsvoraussetzungen und Entwicklungsdynamiken*. Baden-Baden, Berlin: Nomos.
- Lang, Kai-Olaf (2010): Rechtsruck. Die Parlamentswahlen in Ungarn 2010. In: *Osteuropa* 60 (6), S. 3–12.
- Laver, Michael; Shepsle, Kenneth (1996): *Making and Breaking Governments*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lawson, Kay; Römmele, Andrea; Karasimeonov, Georgi (Hg.) (1999): *Cleavages, parties, and voters. Studies from Bulgaria, the Czech Republic, Hungary, Poland, and Romania*. Westport, Conn: Praeger.
- Leiserson, Michael A. (1968): *Factions and Coalitions in One-Party Japan: An Interpretation Based on the Theory of Games*. In: *American Political Science Review* 62 (3), S. 70–87.
- Linek, Lukáš (2007): Czech Republic. In: *European Journal of Political Research* 46 (7-8), S. 929–937.
- Linek, Lukáš (2011): Czech Republic. In: *European Journal of Political Research* 50 (7-8), S. 948–954.
- Linek, Lukáš; Lacina, Tomáš (2010): Czech Republic. In: *European Journal of Political Research* 49 (7-8), S. 939–946.
- Lipset, Seymour M.; Rokkan, Stein (1967): *Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments*. In: Seymour M. Lipset und Stein Rokkan (Hg.): *Party Systems and Voter Alignments*. New York: The Free Press, S. 1–64.
- Mair, Peter (1990): The Electoral Payoffs of Fission and Fusion. In: *British Journal of Political Science* 20 (1), S. 131–142.
- Mair, Peter (1997): *Party System Change: Approaches and Interpretations*. Oxford: Clarendon Press.
- Mair, Peter (2002): Comparing Party Systems. In: Lawrence LeDuc, Richard Niemi und Pippa Norris (Hg.): *Comparing Democracies 2*. London: SAGE, S. 88–107.
- Majcherek, Janusz A. (2011): *Polen nach den Parlamentswahlen 2011*. Hg. v. Deutsches Polen-Institut Darmstadt, Bremer Forschungsstelle Osteuropa und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (Polen-Analysen, 97). Online verfügbar unter <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen97.pdf>, zuletzt geprüft am 14.05.2012.
- Malová, Darina; Učeň, Peter (2007): Slovakia. In: *European Journal of Political Research* 46 (7-8), S. 1096–1106.
- Malová, Darina; Učeň, Peter (2011): Slovakia. In: *European Journal of Political Research* 50 (7-8), S. 1118–1129.
- Markowski, Radoslaw (2008): The 2007 Polish Parliamentary Election: Some Structuring, Still a Lot of Chaos. In: *West European Politics* 31 (5), S. 1055–1068.

- McAllister, Ian; White, Stephen (2007): Political Parties and Democratic Consolidation in Post-Communist Societies. In: *Party Politics* 13 (2), S. 197–216.
- Mesežnikov, Grigorij; Gyárfášová, Oľga; Bútorá, Martin; Kollár, Miroslav (2008): Slovakia. In: Institute for Public Affairs (Hg.): *Populist Politics and Liberal Democracy in Central and Eastern Europe*. Bratislava, S. 99–130.
- Millard, Frances (2003a): Elections in Poland 2001: electoral manipulation and party upheaval. In: *Communist and Post-Communist Studies* 36 (1), S. 69–86.
- Millard, Frances (2003b): The parliamentary elections in Poland, September 2001. In: *Electoral Studies* 22 (2), S. 367–374.
- Millard, Frances (2006): Poland's Politics and the Travails of Transition after 2001: The 2005 Elections. In: *Europe-Asia Studies* 58 (7), S. 1007–1031.
- Millard, Frances (2010): *Democratic elections in Poland, 1991-2007*. London, New York: Routledge.
- Mitchell, Paul (1999): Coalition Discipline, Enforcement Mechanisms and Intraparty Politics. In: Shaun Bowler, David M. Farrell und Richard S. Katz (Hg.): *Party discipline and parliamentary government*. Columbus: Ohio State University Press, S. 269–288.
- Müller, Wolfgang C. (2004): Koalitionstheorien. In: Ludger Helms und Uwe Jun (Hg.): *Politische Theorie und Vergleichende Regierungslehre*. Frankfurt/New York: Campus, S. 267–301.
- Müller, Wolfgang C. (2009): Government Formation. In: Todd Landman und Neil Robinson (Hg.): *The SAGE handbook of comparative politics*. Los Angeles: SAGE, S. 227–245.
- Müller, Wolfgang C.; Strøm, Kaare (2000): An Introduction. In: Wolfgang C. Müller und Kaare Strøm (Hg.): *Coalition Governments in Western Europe*. Oxford: Oxford University Press, S. 1–31.
- Müller-Rommel, Ferdinand (2005): Parteienwettbewerb in mittelosteuropäischen Demokratien: Zum Zusammenhang von Strukturen der Regierungsbildung und Stabilität von Parteiensystemen. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 36 (3), S. 666–679.
- Müller-Rommel, Ferdinand; Grotz, Florian (2011): Die Regierungssysteme der neuen EU-Staaten: institutionelle Konfigurationen und Entwicklungspfade. In: Florian Grotz und Ferdinand Müller-Rommel (Hg.): *Regierungssysteme in Mittel- und Osteuropa. Die neuen EU-Staaten im Vergleich*. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 303–320.
- Müller-Rommel, Ferdinand; Schultze, Henrike; Harfst, Philipp; Fettelschoß, Katja (2008): Parteienregierungen in Mittel- und Osteuropa: Empirische Befunde im Ländervergleich 1990 bis 2008. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 39 (4), S. 810–831.
- Münch, Holger (2008): Erdbeben als Oberflächenphänomen. Die Parlamentswahlen in Polen vom 21. Oktober 2007. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 39 (4), S. 756–772.
- Nikolenyi, Csaba (2004a): Cabinet Stability in Postcommunist Central Europe. In: *Party Politics* 10 (2), S. 123–150.
- Nikolenyi, Csaba (2004b): The Impact of the Electoral System on Government Formation: The Case of Post-Communist Hungary. In: *Japanese Journal of Political Science* 5 (1), S. 159–178.
- Nikolenyi, Csaba (2004c): Strategic Co-Ordination in the 2002 Hungarian Election. In: *Europe-Asia Studies* 56 (7), S. 1041–1058.
- Oltay, Edith (2006): Hungarian Opposition Party Locked in Power Struggle with the Government. In: *Südosteuropa. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft* 54 (4), S. 474–497.
- Palonen, Emilia (2009): Political Polarisation and Populism in Contemporary Hungary. In: *Parliamentary Affairs* 62 (2), S. 318–334.
- Pankowski, Krzysztof (2005): Motiwacje wyborcze w wyborach parlamentarnych. Hg. v. Centrum Badania Opinii Społecznej (CBOS). Warschau (Kommunikat z badan, BS/147/2005). Online verfügbar unter [http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2005/K\\_147\\_05.PDF](http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2005/K_147_05.PDF), zuletzt geprüft am 15.05.2012.
- Peters, Guy B. (1998): *Comparative politics. Theory and methods*. New York: New York University Press.
- Plecitá-Vlachová, Klára; Stegmaier, Mary (2003): The Chamber of Deputies election, Czech Republic 2002. In: *Electoral Studies* 22 (4), S. 772–778.
- Pop-Eleches, Grigore (2008): A party for all seasons: Electoral adaptation of Romanian Communist successor parties. In: *Communist and Post-Communist Studies* 41 (4), S. 465–479.



- Pridham, Geoffrey (2002): Coalition Behaviour in New Democracies of Central and Eastern Europe: The Case of Slovakia. In: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 18 (2), S. 75–102.
- Racz, Barnabas (2003): The Left in Hungary and the 2002 Parliamentary Elections. In: *Europe-Asia Studies* 55 (5), S. 747–769.
- Riker, William H. (1962): The theory of political coalitions. New Heaven, CN: Yale University Press.
- Roguska, Beata (2005): Opinie o koalicji PiS i PO. Centrum Badania Opinii Społecznej (CBOS). Warschau (Kommunikat z badań, BS/166/2005). Online verfügbar unter [http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2005/K\\_166\\_05.PDF](http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2005/K_166_05.PDF), zuletzt geprüft am 30.05.2012.
- Römmele, Andrea (1999): Cleavage Structures and Party Systems in East and Central Europe. In: Kay Lawson, Andrea Römmele und Georgi Karasimeonov (Hg.): *Cleavages, parties, and voters. Studies from Bulgaria, the Czech Republic, Hungary, Poland, and Romania*. Westport, Conn: Praeger, S. 3–18.
- Rybár, Marek; Deegan-Krause, Kevin (2008): Slovakia's Communist successor parties in comparative perspective. In: *Communist and Post-Communist Studies* 41 (4), S. 497–519.
- Saalfeld, Thomas (2000): Germany. Stable Parties, Chancellor Democracy, and the Art of Informal Settlement. In: Wolfgang C. Müller und Kaare Strøm (Hg.): *Coalition governments in Western Europe*. Oxford: Oxford University Press, S. 32–85.
- Schevardo, Jennifer (2009): Blockierte Demokratie. Die Tschechische Republik 20 Jahre nach der Samtenen Revolution. Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. Berlin (DGAPanalyse, 8). Online verfügbar unter <https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/dgapanalyse/blockierte-demokratie>, zuletzt geprüft am 20.05.2012.
- Seleny, Anna (2007): Communism's Many Legacies in East-Central Europe. In: *Journal of Democracy* 18 (3), S. 156–170.
- Sieklucki, Dominik (2006): *Partie lewicy i centrolewicy w polskim systemie partyjnym. Aktywność SLD, PSL i UP na polskiej scenie politycznej*. Kraków: Wydawn. Uniwersytetu Jagiellońskiego.
- Sikk, Allan (2011): Newness as a winning formula for new political parties. First published on March 21, 2011. In: *Party Politics*. Online verfügbar unter <http://ppq.sagepub.com/content/early/2011/03/19/1354068810389631.full.pdf+html>, zuletzt geprüft am 04.06.2012.
- Somer-Topcu, Zeynep; Williams, Laron K. (2008): Survival of the fittest: Cabinet duration in post-communist Europe. In: *Comparative Politics* 40 (3), S. 313–329.
- Stegmaier, Mary; Vlachová, Klára (2009): The Endurance of the Czech Communist Party. In: *Politics & Policy* 37 (4), S. 799–820.
- Strøm, Kaare; Budge, Ian; Laver, Michael (1994). Constraints on Cabinet Formation in Parliamentary Democracies. In: *American Journal of Political Science* 38 (2), S. 303–335.
- Strøm, Kaare; Nyblade, Benjamin (2009): Coalition Theory and Government Formation. In: Carles Boix und Susan Carol Stokes (Hg.): *The Oxford handbook of comparative politics*. Oxford, New York: Oxford University Press, S. 782–802.
- Szabó, Máté; Lux, Ágnes (2011): Die ungarischen Parlamentswahlen 2010: Zweidrittelmehrheit, neuformiertes Parteiensystem, Konsequenzen für die Politische Kultur. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42 (1), S. 131–147.
- Szczerbiak, Aleks (2007): 'Social Poland' Defeats 'Liberal Poland'? The September–October 2005 Polish Parliamentary and Presidential Elections. In: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 23 (2), S. 203–232.
- Szczerbiak, Aleks (2008): The Birth of a Bipolar Party System or a Referendum on a Polarizing Government? The October 2007 Polish Parliamentary Election. In: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 24 (3), S. 415–443.
- Tavits, Margit (2005): The Development of Stable Party Support: Electoral Dynamics in Post-Communist Europe. In: *American Journal of Political Science* 49 (2), S. 283–298.
- Thieme, Tom (2007): *Hammer, Sichel, Hakenkreuz. Parteipolitischer Extremismus in Osteuropa: Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen*. Baden-Baden: Nomos.
- Tiemann, Guido (2008): "Cleavages" oder "Legacies"? Die Institutionalisierung und Struktur des politischen Wettbewerbs im postsozialistischen Osteuropa. In: Ellen Bos und Dieter Segert (Hg.): *Osteuropäische De-*

mokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. Opladen: Barbara Budrich, S. 33–53.

Tóka, Gabor (1998): Party Appeals and Voter Loyalty in New Democracies. In: *Political Studies* 46 (3), S. 589–610.

Tóka, Gabor (2004): Hungary. In: Sten Berglund, Joakim Ekman und Frank H. Aarebrot (Hg.): *The Handbook of political change in Eastern Europe*. 2. Aufl. Cheltenham, UK ; Northampton, MA: Edward Elgar, S. 289–336.

Toole, James (2000): Government Formation and Party System Stabilization in East Central Europe. In: *Party Politics* 6 (4), S. 441–461.

Tsebelis, George (1990): *Nested games. Rational choice in comparative politics*. Berkeley: University of California Press.

Tworzecki, Hubert (2003): Social Democracy in East-Central Europe: Success by Default? In: *Journal of Policy History* 15 (1), S. 94–112.

Tzelgov, Eitan (2011): Communist successor parties and government survival in Central Eastern Europe. In: *European Journal of Political Research* 50 (4), S. 530–558.

Vachudova, Milada A. (2008): Centre-Right Parties and Political Outcomes in East Central Europe. In: *Party Politics* 14 (4), S. 387–405.

Várnagy, Réka (2010): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 49 (7-8), S. 1001–1008.

Vodička, Karel (1996): *Politisches System Tschechiens. Vom kommunistischen Einparteiensystem zum demokratischen Verfassungsstaat*. Münster: Lit Verlag.

Volkens, Andrea; Laceywell, Onawa; Lehmann, Pola; Regel, Sven; Schultze, Henrike; Werner, Annika (2011): *The Manifesto Data Collection*. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR). Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Berlin. Online verfügbar unter <https://manifesto-project.wzb.eu/data/download>, zuletzt geprüft am 10.06.2012.

Weichsel, Volker (2010): Spektakulär unspektakulär. Die Parlamentswahlen in Tschechien 2010. In: *Osteuropa* 60 (6), S. 31–45.

Whitefield, Stephen (2002): Political Cleavages and Post-Communist Politics. In: *Annual Review of Political Science* 5 (1), S. 181–200.

Whitefield, Stephen; Rohrschneider, Robert (2009): Representational Consistency: Stability and Change in Political Cleavages in Central and Eastern Europe. In: *Politics & Policy* 37 (4), S. 667–690.

Ziemer, Klaus; Matthes, Claudia-Yvette (2010): Das politische System Polens. In: Wolfgang Ismayr (Hg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*. 3. Aufl. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 209–276.

Žmijewska, Beata (2011): Skład Rady Ministrów. Hg. v. Centrum Informacyjne Rządu. Biuletyn Informacji Publicznej Rady Ministrów. Online verfügbar unter [http://bip.kprm.gov.pl/portal/kpr/2/1635/Sklad\\_Rady\\_Ministrow.html](http://bip.kprm.gov.pl/portal/kpr/2/1635/Sklad_Rady_Ministrow.html), zuletzt aktualisiert am 18.11.2011, zuletzt geprüft am 15.06.2012.

## Anhang 1: Übersicht über Regierungskoalitionen

### Polen:

Nr.	Parteien	Amtszeit	Premier	RD	Typ
1	WAK, PC, PL PCD	12/91-06/92	Olszewski (PC)	0	
2	UD, WAK, KLD, PL, PPG	07/92-04/93	Suchocka (UD)	0	
3	UD, WAK, KLD, PPG	04/93-10/93	Suchocka (UD)	0	
4	SLD, PSL	10/93-03/95	Pawlak (PSL)	0	
5	SLD, PSL	03/95-02/96	Oleksy (SLD)	0	
6	SLD, PSL	02/96-10/97	Cimoszewicz (SLD)	0	
7	AWS, UW	10/97-06/00	Buzek (AWS)	0	
1	AWS	06/00-10/01	Buzek (AWS)	0	Y2
2	SLD, UP, PSL	10/01-02/03	Miller (SLD)	1*	Y1
3	SLD, UP	03/03-05/04	Miller (SLD)	1*	Y1
4	SLD, UP	05/05-10/05	Belka (unabh.)	1*	Y1
5	PiS	10/05-05/06	Marcinkiewicz (PiS)	0	Y2
6	PiS, SRP, LPR	05/06-07/06	Marcinkiewicz (PiS)	0	Y2
7	PiS, SRP, LPR	07/06-09/06	Kaczyński (PiS)	0	Y2
8	PiS, LPR	09/06-10/06	Kaczyński (PiS)	0	Y2
9	PiS, SRP, LPR	10/06-08/07	Kaczyński (PiS)	0	Y2
10	PiS	08/07-11/07	Kaczyński (PiS)	0	Y2
11	PO, PSL	08/07-11/11	Tusk (PO)	1	Y3
12	PO, PSL	11/11-	Tusk (PO)	1	Y4

### Tschechische Republik:

Nr.	Parteien	Dauer	Premier	RD	Typ
1	ODS, KDU-ČSL, ODA	01/93-07/96	Klaus (ODS)	0	
2	ODS, KDU-ČSL, ODA	07/96-01/98	Klaus (ODS)	0	
3	ODS, KDU-ČSL, ODA	01/98-07/98	Tošovský (KDU-CSL)	0	
4	ČSSD	07/98-07/02	Zeman (CSSD)	0	
1	ČSSD, KDU-ČSL, US	07/02-08/04	Špidla (CSSD)	0	Y1
2	ČSSD, KDU-ČSL, US	08/04-04/05	Gross (CSSD)	0	Y1
3	ČSSD, KDU-ČSL, US	04/05-09/06	Paroubek (CSSD)	0	Y1
4	ODS	09/06-01/07	Topolánek (ODS)	0	Y1
5	ODS, KDU-ČSL, SZ	01/07-04/09	Topolánek (ODS)	0	Y1
	(caretaker)	04/09-06/10	Fischer (unabh.)	0	
6	ODS-Top09-VV	06/10-	Nečas (ODS)	0	Y2

### Slowakei:

Nr.	Parteien	Dauer	Premier	RD	Typ
1	HZDS, SNS	01/93-03/93	Mečiar (HZDS)	0	
2	HZDS	03/93-11/93	Mečiar (HZDS)	0	
3	HZDS, SNS	11/93-03/94	Mečiar (HZDS)	0	
4	SDL', KDH, ADSR, DUS, NDS	03/94-12/94	Moravčík (DUS)	1	
5	HZDS, ZRS, SNS	12/94-10/98	Mečiar (HZDS)	0	
6	SDK, SDL', SMK, SOP	10/98-10/02	Dzurinda (SDK)	1	
1	SDKÚ-DS, SMK, KDH, ANO	20/02-02/06	Dzurinda (SDKÚ-DS)	0	Y2
2	SDKÚ-DS, SMK, ANO	02/06-07/06	Dzurinda (SDKÚ-DS)	0	Y2
3	SMER, SNS, LS'-HZDS	07/06-07/10	Fico (SMER)	1	Y4

4	SDKÚ-DS, SaS, KDH, Most-HiD	07/10-04/12	Radičová (SDKU-DS)	0	Y2
	SMER	04/12-	Fico (SMER)	0	

**Ungarn:**

Nr.	Parteien	Dauer	Premier	RD	Typ
1	MDF, FKGP, KDNP	05/90-12/93	Antall (MDF)	0	
2	MDF, FKGP, KDNP	12/90-07/94	Boross (MDF)	0	
3	MSZP, SZDSZ	07/94-07/98	Horn (MSZP)	1	
4	FIDESZ, FKGP, MDF	07/98-05/02	Orban (FIDESZ)	0	
1	MSZP, SZDSZ	05/02-09/04	Medgyessy (unabh.)	1	Y4
2	MSZP, SZDSZ	09/04-06/06	Gyurcsany (MSZP)	1	Y4
3	MSZP, SZDSZ	06/06-04/08	Gyurcsany (MSZP)	1	Y4
4	MSZP	04/08-04/09	Gyurcsany (MSZP)	0	Y2
5	MSZP	04/09-05/10	Bajnai (unabh.)	0	Y2
6	FIDESZ, KDNP	05/10-	Orban (FIDESZ)	0	Y2

Eigene Darstellung auf Basis von: Müller Rommel et al. (2008); Conrad/Golder (2010); Döring/Manow (2011)

**Erklärungen:**

RD: Koalition über den *regime divide*

0 keine Koalition über den *regime divide*

1 Koalition über den *regime divide*

1\* Koalition nur formal über den *regime divide*

Typ: Erklärung für gebildete Koalition (vgl. Kapitel 2.3)

Y1 Koalition entlang des *regime divide* ; *regime divide* als Ursache

Y2 Koalition entlang des *regime divide*; andere Ursache(n)

Y3 Koalition über den *regime divide* hinweg; Existenz *regime divide*

Y4 Koalition über den *regime divide* hinweg; *regime divide* ohne Bedeutung

## Anhang 2: Wahlergebnisse und Stimmenverluste

Polen	AWS	SLD	PSL	UW	PO	PiS	UP	SRP	LPR	LiD	RP	MN
1991	0,0	12,0	8,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,2
1993	0,0	20,4	15,4	0,0	0,0	0,0	7,4	2,8	0,0	0,0	0,0	0,4
1997	33,8	27,1	7,3	13,4	0,0	0,0	4,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,4
2001	5,6	41,0	8,9	3,1	12,7	9,5	a	10,2	7,9	0,0	0,0	0,4
2005	0,0	11,3	7,0	0,0	24,1	27,0	3,9	11,4	8,0	0,0	0,0	0,3
2007	0,0	b	8,9	0,0	41,5	32,1	b	1,5	1,3	13,2	0,0	0,2
2011	0,0	8,2	8,4	0,0	39,2	29,9	0,0	0,0	0,0	0,0	10,0	0,2

Durchschnittsverlust der Amtsinhaber: -49,5%  
 relativer Verlust PSL (2001-2005): -21,4%  
 relativer Verlust PSL (2007-2011): -5,6%  
 relativer Verlust PO (2007-2001): -5,5%

Tschechien	ČSSD	KSČM	KDU-ČSL	ODS	US-DEU	SZ	TOP09	VV	SPR-RSC	ODA	Koalice
1992	6,5	14,1	6,3	29,7	0,0	0,0	0,0	0,0	6,0	5,9	0,0
1996	26,4	10,3	8,1	29,6	0,0	0,0	0,0	0,0	8,0	6,4	0,0
1998	32,3	11,0	9,0	27,7	8,6	0,0	0,0	0,0	3,9	0,0	0,0
2002	30,2	18,5	c	24,5	c	2,4	0,0	0,0	0,0	0,0	14,3
2006	32,3	12,8	7,2	35,4	0,0	6,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2010	22,1	11,3	4,4	20,2	0,0	2,4	16,6	10,9	0,0	0,0	0,0

Slowakei	SDL'	SMER	SDKÚ-DS	ZRS	KDH	SDK	KSS	DUS	SOP	ANO	SNS	SMK-MKP	Most-HiD	HZDS	SaS
1992	14,7	0,0	3,1	0,0	8,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	7,9	0,0	0,0	37,3	0,0
1994	10,4	0,0	0,0	7,4	10,1	0,0	2,7	8,6	0,0	0,0	5,4	10,2	0,0	35,0	0,0
1998	14,7	0,0	0,0	1,3	d	26,3	2,8	d	8,0	0,0	9,1	9,1	0,0	27,0	0,0
2002	1,4	13,5	15,1	0,0	8,3	0,0	6,3	0,0	0,0	8,0	3,3	11,2	0,0	19,5	0,0
2006	0,0	29,1	18,4	0,0	8,3	0,0	3,9	0,0	0,0	0,0	11,7	11,7	0,0	8,8	0,0
2010	0,0	34,8	15,4	0,0	8,5	0,0	0,8	0,0	0,0	0,0	5,1	4,3	8,1	4,3	12,1
2012	0,0	44,4	6,1	0,0	8,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4,6	4,3	6,9	0,9	5,9

Durchschnittsverlust der Amtsinhaber: -21,8%  
 relativer Verlust SDL' (1998-2002): -90,5%  
 relativer Verlust LS'-HZDS (2006-2010): -51,1%  
 relativer Verlust SNS (2006-2010): -56,4%

Ungarn	MSZP	SZDSZ	FIDESZ	MDF	FKGP	MIÉP	KDNP	LMP
1990	10,9	21,4	8,6	24,7	11,7	0,0	6,5	0,0
1994	33,0	19,7	7,0	11,7	8,8	0,0	7,0	0,0
1998	32,9	7,6	29,5	2,8	13,2	5,5	2,3	0,0
2002	42,0	5,6	41,1	e	0,8	4,4	0,0	0,0
2006	43,2	6,5	42,0	5,0	0,0	2,2	f	0,0
2010	19,3	g	52,7	2,7	0,0	16,7	h	7,5

Durchschnittsverlust der Amtsinhaber: -29,8%  
 relativer Verlust SZDSZ (2002-2006): +16,1%  
 relativer Verlust SZDSZ (2006-2010): wg. Wahlbündnis mit MDF nicht eindeutig festzustellen, aber in jedem Fall größer als -66,2%

Eigene Darstellung und Berechnungen auf Basis von: Armingeon et al. 2011; Döring/Manow 2011

**Anmerkungen:**

- a Wahlbündnis SLD-UP
- b Wahlbündnis LiD (SLD, UP, SdPI, DP)
- c Wahlbündnis Koalice aus KDU-ČSL und US-DEU
- d Wahlbündnis SDK aus DUS, KDH und weiteren Kleinparteien (SDSS, SZS, DS)
- e Wahlbündnis FIDESZ mit MDF (2002)
- f Wahlbündnis FIDESZ mit KDNP (2006)
- g Wahlbündnis SZDSZ und MDF (2010)
- h Wahlbündnis FIDESZ mit KDNP (2010)

**Änderung bei Parteinamen:**

- MIÉP seit 2006 als MIÉP-Jobbik
- SDL' 2004 Zusammenschluss mit SMER-SD
- SDKÚ seit 2006 als SDKU-DS (Zusammenschluss 2000 mit DUS, 2006 mit DS)
- HZDS seit 2003 LS'-HZDS

### Anhang 3: Prozentualer Mandatsanteil der einzelnen Parteien

<b>Polen</b>	SLD	PSL	PO	PiS	SRP	LPR	UP	LiD*	MN	RP	AWS	UW	ROP
1997	35,7	5,9	0	0	0	0	0	0	0,4	0	43,7	13,0	1,3
2001	43,5	9,1	14,1	9,6	11,5	8,3	3,5	0	0,4	0	0	0	0
2005	12	5,4	28,9	33,7	12,2	7,4	0,0	0	0,4	0	0	0	0
2007	8,0	6,7	45,4	36,1	0	0	0	3,4	0,2	0	0	0	0
2011	5,9	6,1	45,0	34,1	0	0	0	0	0,2	8,7	0	0	0

\* Ohne SLD

<b>Tschechien</b>	ČSSD	KSČM	ODS	KDU-ČSL	US-DEU	SZ	TOP09	VV
2002	35,0	20,5	29,0	11,0	4,5	0	0	0
2006	37,0	13,0	40,5	6,5	0	3,0	0	0
2010	28,0	13,0	26,5	0	0	0	20,5	12,0

<b>Slowakei</b>	LS <sup>c</sup> -HZDS	SDKÚ-DS	Smer-SD	SMK-MKP	KDH	ANO	KSS	SNS	Most-Hid	SaS
2002	24	18,7	16,7	13,3	10	10	7,3	0	0	0
2006	10	20,7	33,3	13,3	9,3	0	0	13,3	0	0
2010	0	18,7	41,3	0	10	0	0	6	9,3	14,7

<b>Ungarn</b>	MSZP	MDF	FIDESZ	KDNP	SZDSZ	MIÉP-Jobbik	LMP	unabh.
2002	46,1	6,2	42,5	0	5,2	0	0	0
2006	49,2	2,8	36,5	6,0	5,3	0	0	0,2
2010	15,3	0	58,8	9,3	0	12,2	4,1	0,3

Eigene Darstellung auf Basis von: Armingeon et al. 2011; Döring/Manow 2011

#### Anhang 4: Parteiabkürzungen, Name, Herkunft und politische Ausrichtung

Land	Abkürzung	Name in Originalsprache	dt. Name der Partei	Herkunft der Partei	Ausrichtung
PL	AWS	<i>Akcja Wyborcza Solidarność</i>	Wahlaktion Solidarität	OL	christdemokratisch
PL	LiD	<i>Lewicy i Demokraci</i>	Linke und Demokraten	OL/RL	sozialdemokratisch
PL	LPR	<i>Liga Polskich Rodzin</i>	Liga der polnischen Familien	OL	religiös, nationalistisch
PL	MN	<i>Komitet Wyborczy Mniejszość Niemiecka</i>	Wahlkomitee Deutsche Minderheit	OL	ethnisch
PL	PSL	<i>Polskie Stronnictwo Ludowe</i>	Polnische Bauernpartei	RL	agrarisches
PL	PD	<i>Partia Demokratyczna</i>	Demokratische Partei	OL	liberal
PL	PiS	<i>Prawo i Sprawiedliwość</i>	Recht und Gerechtigkeit	OL	nationalistisch, konservativ
PL	PO	<i>Platforma Obywatelska</i>	Bürgerplattform	OL	liberal
PL	PZPR	<i>Polska Zjednoczona Partia Robotnicza</i>	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei	--	--
PL	ROP	<i>Ruch Odbudowy Polski</i>	Bewegung für den Wiederaufbau Polens	OL	nationalistisch
PL	RP	<i>Ruch Palikota</i>	Palikot-Bewegung	OL	linksliberal
PL	SDPL	<i>Sojaldemokracja Polska</i>	Sozialdemokratie Polens	RL*	sozialdemokratisch
PL	SLD	<i>Sojusz Lewicy Demokratycznej</i>	Demokratische Linkallianz	RL	sozialdemokratisch
PL	SRP	<i>Samoobrona Rzeczpospolitej Polski</i>	Selbstverteidigung	OL	agrarisches
PL	UP	<i>Unia Pracy</i>	Arbeitsunion	OL/RL*	sozialdemokratisch
PL	UW	<i>Unia Wolności</i>	Freiheitsunion	OL	liberal
CZ	ČSSD	<i>Česká strana sociálně demokratická</i>	Tschechische Sozialdemokratische Partei	OL	sozialdemokratisch
CZ	KSČM	<i>Komunistická strana Čech a Moravy</i>	Kommunistische Partei Böhmens und Mährens	RL	kommunistisch
CZ	KDU-ČSL	<i>Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová</i>	Christliche und demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei	OL	christdemokratisch
CZ	ODS	<i>Občanská demokratická strana</i>	Demokratische Bürgerpartei	OL	konservativ
CZ	SPR-RSC	<i>Družení pro republiku - Republikánská strana Československa</i>	Koalition für die Republik – Republikanische Partei der Tschechoslowakei	OL	nationalistisch
CZ	SPOZ	<i>Strana Práv Občanů Zemanovci</i>	Partei der Bürgerrechte	OL	sozialdemokratisch
CZ	SZ	<i>Strana Zelených</i>	Partei der Grünen	OL	grün
CZ	TOPOL9	<i>TOP09: Tradice, Odpovědnost, Prosperita</i>	TOP09: Tradition, Verantwortung Wohlstand	OL	christdemokratisch
CZ	US-DEU	<i>Unie svobody – Demokratická unie</i>	Freiheitsunion – Demokratische Union	OL	liberal
CZ	VV	<i>Věci veřejné</i>	Öffentliche Angelegenheiten	OL*	rechtsliberal
SVK	ANO	<i>Aliancia Nového Občana</i>	Allianz des neuen Bürgers	OL*	rechtsliberal



SVK	DUS	<i>Demokratická únia Slovenska</i>	Demokratische Union der Slowakei	OL	liberal
SVK	LS'-HZDS	<i>Ludová strana – Hnutie za demokratické Slovensko</i>	Volkspartei – Bewegung für eine demokratische Slowakei	OL	nationalistisch
SVK	KDH	<i>Kresťanskodemokratické hnutie</i>	Christlich-demokratische Bewegung	OL	christdemokratisch
SVK	KSS	<i>Komunistická strana Slovenska</i>	Kommunistische Partei der Slowakei	RL	kommunistisch
SVK	Most-Hid	<i>Most-Hid</i>	Brücke	OL	ethnisch
SVK	SaS	<i>Sloboda a Solidarita</i>	Freiheit und Solidarität	OL*	liberal
SVK	SDL'	<i>Strana demokratickej ľavice</i>	Partei der demokratischen Linken	RL	linkssozialistisch
SVK	SDK	<i>Slovenská demokratická koalícia</i>	Slowakische Demokratische Koalition	OL	liberal
SVK	SDKÚ-DS	<i>Slovenská demokratická a kresťanská únia- Demokratická strana</i>	Slowakische Demokratische und Christliche Union- Demokratische Partei	OL	christdemokratisch/liberal
SVK	SMER-SD	<i>Smer – sociálna demokracia</i>	SMER-Sozialdemokratie	RL*	sozialdemokratisch
SVK	SMK-KMP	<i>Strana maďarskej koalície – Magyar Koalíció Pártja</i>	Partei der Ungarischen Koalition	OL	ethnisch
SVK	SNS	<i>Slovenská národná strana</i>	Slowakische Nationalpartei	OL	nationalistisch
SVK	SOP	<i>Strana občianskeho porozumenia</i>	Partei des bürgerlichen Verständnisses	OL*	linksliberal
SVK	ZRS	<i>Združenie robotníkov Slovenska</i>	Arbeiterassoziation der Slowakei	RL*	kommunistisch
HUN	FIDESZ-MPP	<i>Fidesz – Magyar Polgári Szövetség</i>	Fidesz – Ungarischer Bürgerbund	OL	konservativ
HUN	FKGP	<i>Független Kisgazda Párt</i>	Unabhängige Partei der Kleinlandwirte	OL	agrarisches
HUN	KDNP	<i>Kereszténydemokrata Néppárt</i>	Christlich-Demokratische Volkspartei	OL	christdemokratisch
HUN	LMP	<i>Lehet Más a Politika</i>	Politik kann anders sein	OL*	linksliberal
HUN	MDF	<i>Magyar Demokrata Fórum</i>	Ungarisches Demokratisches Forum	OL	konservativ
HUN	MIÉP-Jobbik	<i>Magyar Igazság és Élet Pártja – Jobbik a Harmadik Út</i>	Ungarische Wahrheits- und Lebenspartei – Jobbik , der dritte Weg	OL	rechtsradikal
HUN	MSZP	<i>Magyar Szocialista Párt</i>	Ungarische Sozialistische Partei	RL	sozialdemokratisch
HUN	SZDSZ	<i>Szabad Demokraták Szövetsége</i>	Bund Freier Demokraten	OL	linksliberal

**Anmerkungen:** Mit OL gekennzeichnete Parteien wurden dem Lager der ehemaligen Opposition zugerechnet, bei RL dem ehemaligen Regime-Lager. Parteien die mit OL\* gekennzeichnet wurden, haben keine Verwurzelung im ehemaligen Regime- oder Oppositionslager, wurden aber gemäß der Ausführungen in Kapitel 3 der ehemaligen Opposition zugerechnet. RL\* bedeutet, dass die jeweilige Partei zwar keine unmittelbare Nachfolgeorganisation ist, aber dennoch dem ehemaligen Regime-Lager zugerechnet werden kann. Die Einschätzungen zur politischen Ausrichtungen sollen nur als grobe Orientierung dienen und beruhen auf Müller-Rommel et al. 2008 und Armingeon et al. 2011

**Eigenständigkeitserklärung:**

Ich versichere, dass ich die vorgelegte Bachelorarbeit eigenständig und ohne fremde Hilfe verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen verwendet und die den benutzten Quellen entnommenen Passagen als solche kenntlich gemacht habe. Diese Bachelorarbeit ist in dieser oder einer ähnlichen Form in keinem anderen Kurs vorgelegt worden.

(Florian Wittmann)

Herrsching, den 10.07.2012